Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Republik. 1918-1930
36 (1922)

214 (13.9.1922)

urn:nbn:de:gbv:45:1-455318

Visual Library

36. Jahrgang

Die „Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 100.00 Mark, dazu 7.00 Mark Bringerlohn, bei Abholen von der Expedition 100.00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 300.00 Mark, monatlich 100.00 Mark ausschließlich Bestellgeld.

Republik

Preis 4.50 M.

Bei den Inseraten wird die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend mit 3.00 Mk. berechnet, Familien-Anzeigen 2.00 Mk., für Anzeigen aus wirtschaftlichen Inseraten 4.50 Mk., Anzeigen im Reklameteil die 4 Millimeterzeile 15.00 Mark.

Norddeutsches Volksblatt – Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptexpedition: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58 | Rüstringen, Mittwoch, 13. September 1922 * Nr. 214 | Redaktion: Peterstraße 76 Fernsprecher Nr. 58

270 Millionen.

Deutschland hat seit seiner Niederlage alle tragischen und tragikomischen Mißerfolge eines zahlungsunfähigen Schuldners durchmachen müssen. In diesem Augenblick befindet es sich in der Lage eines Kavaliers, der eine verhältnismäßig unbedeutende Rechnung nicht bezahlen kann, weil ihm das dazu erforderliche Kleingeld fehlt. 270 Millionen Goldmark. Zahlbar in sechs Monaten. Das ist an sich für ein 60-Millionenvolk keine unerschwingliche Summe. Es brauchte nur jeder ein blankes 5-Mark-Stück auf den Tisch zu legen, dann wäre der Betrag nicht nur gedeckt, sondern sogar noch ein Ueberschuß vorhanden.

Wenn nun die rechtzeitige Bezahlung dieses Betrages an den belgischen Gläubiger in Frage gestellt ist, so daß aus dieser Schwierigkeit ernste Verwicklungen zu entstehen drohen, so zeigt das die Tiefe der deutschen Erschöpfung und die Größe der entstandenen Verwirrung. Es wäre denn, man wollte annehmen, die deutsche Regierung sei nicht von ernstem Willen beseelt und verschanze sich hinter Vorwänden, um sich ihrer Zahlungspflicht zu entziehen.

Eine solche Annahme wäre aber direkt unsinnig und wahrheitswidrig. Zunächst handelt es sich bei den Verhandlungen, die in so bedenklicher Weise ins Stocken geraten sind, um Belgien, von dem der Reichskanzler des Kaiserreichs, Herr v. Bethmann, am 4. August 1914 das berühmte Wort gesprochen hat, daß Deutschland an ihm durch Verletzung seiner Neutralität ein Unrecht begangen habe, das nach dem Kriege wieder gutgemacht werden müsse. Es wäre ein Grad von Unpolitik, den man bei der deutschen Regierung nicht voraussehen kann, wollte sie ihren auswärtigen Gegnern das Schlagwort in die Hände spielen, die Regierung der Republik weigere sich, ein Versprechen zu erfüllen, das selbst die Regierung des Kaiserreichs ohne äußeren Zwang abgegeben habe.

Zum Zweiten ist die belgische Forderung das letzte Stück Erfüllungspolitik vor der geplanten großen Finanzkonferenz, von der man eine vernünftige Regelung der internationalen Verschuldung und ihres Kernstückes, des deutschen Reparationsproblems, erhofft. Die deutsche Regierung hat das allergrößte Interesse daran, ihr Schiff durch die Klippen der belgischen Verhandlungen in freieres Fahrwasser zu steuern. Sie hat — trotz Stinnes! — das allergrößte Interesse daran, eine weitere Verschlechterung des Markkurses zu verhindern, die aus dem Stocken dieser Verhandlungen droht und die Not des deutschen Staatswesens ins Ungeheuerliche steigern müßte. Kurzum, würde die deutsche Regierung nicht alle ihre Kräfte aufbieten, um gerade diese Verhandlungen zu einem positiven Abschluß zu bringen, so müßte sie geradezu von einer Art von Wahnsinn befallen sein. Nur ein Narr oder ein Böswilliger wird ihr gerade in diesem Fall schlechten Willen zumuten können.

Nach dem Mechanismus der Entscheidung, die von der Reparationskommission gefällt worden ist, würde Belgien im Falle eines endgültigen Scheiterns der Verhandlungen Deutschland auffordern können, die 270 Millionen sofort bei ausländischen Banken zu hinterlegen. Käme Deutschland diesem Verlangen nicht nach, so müßte sich Belgien wieder an die Reparationskommission wenden, und diese hätte sich erneut mit der Frage zu beschäftigen, ob ein verschuldetes Versäumnis Deutschlands vorliege.

Die Reparationskommission hat aber gerade den Weg der direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien freigelegt, weil sie eine eigene Entscheidung vermeiden wollte. Unfähig, eine solche zu treffen und vor die Gefahr gestellt, einen schweren internationalen Konflikt herbeizuführen, wählte sie den Weg dieses Kompromisses. Sie selbst kann nicht wollen, daß sie durch ein Scheitern der Verhandlungen in den Fehlerkreis ihrer Verlegenheiten zurückgeworfen wird.

Wenn sich die belgische Regierung, von dem Bestreben leiten läßt, sich den Bezug des ihm zustehenden Betrages unverkürzt zu sichern, so gibt es keinen Menschen in Deutschland, der ihr daraus einen Vorwurf macht. Die Entscheidung der Reparationskommission hat ihr das Recht gegeben, diesen ganzen Betrag binnen sechs Monaten einzuziehen. Wenn die deutsche Regierung für die letzten zwei Drittel eine längere Frist wünscht, so tut sie das in der Absicht, eine absolute Sicherung der Zahlung herbeizuführen. Sie kann zwar nicht behaupten, daß sie in Verzug geraten müßte, wenn sie gezwungen wäre, das Ganze in sechs Monaten zu bezahlen, sieht aber immerhin die Gefahr eines solchen Verzugs und möchte ihr aus dem Wege gehen, um wirklich vollkommen einwandfreie Sicherungen gewährleisten zu können. Die Frage ist also: Kürzere Laufzeit und geringere Sicherheit oder längere Laufzeit und größere Sicherheit.

Diese Frage hat zu einem Stocken der Verhandlungen geführt, wir glauben aber nicht, daß sie zu einem Scheitern führen kann. Die belgische Politik unterscheidet sich von der bisherigen französischen dadurch, daß sie nicht darauf ausgeht, Deutschland als Schuldner absichtlich in die Enge zu treiben, um Vorwände für die eigene Machterweiterung zu gewinnen; sie läßt sich vielmehr durch überwiegend wirtschaftliche Erwägungen leiten. Sie will nicht Sanktionen, sondern Bezahlung.

Belgien hat bei aller Freundschaft für Frankreich gar kein Interesse daran, sich selber als Gläubiger zu schädigen, damit französische Rhein- und Ruhrprojekte verwirklicht werden können — England wird sich zu seinen schweren Orientsorgen nicht noch schwerere europäische Sorgen aufladen wollen. So sprechen alle Umstände für eine Entwicklung nicht zum Konflikt, sondern zum neuen Kompromiß.

•

Der Berliner Vertreter des „Matin" hat den Reichskanzler Wirth gebeten, ihm seine Ansichten über die Unterbrechung der deutsch-belgischen Verhandlungen auseinanderzusetzen. Reichskanzler Wirth hat folgende Erklärungen abgegeben:

Die deutsche Regierung hat in vollem, gutem Glauben versucht, den Anweisungen im letzten Bescheid der Reparationskommission eine konkrete Form zu geben. Sie hat ohne Verzug Besprechungen mit Vertretern der belgischen Regierung begonnen und Vorschläge gemacht, um die für Belgien bestimmten Schatzscheine zu garantieren. Es war dies keine leichte Aufgabe, denn die deutsche Regierung als solche ist nicht im Besitze von Werten, die als Garantie gestellt werden könnten. Die Reichsbank hat in loyaler Weise sich ihr zur Verfügung gestellt und erklärt, daß sie bereit sei, diese Schatzscheine gegenzuzeichnen und infolgedessen diese Garantie zu übernehmen, allerdings unter der Bedingung, daß die Zahlungsfrist um sechs Monate verlängert wird. Diese Bedingung war notwendig, weil die Reichsbank, die als Geschäftsinstitut geleitet wird und vor allen Dingen ihre kaufmännische Ehre wahren muß, nicht in der Lage ist, in einer Frist von sechs Monaten die Summe von 270 Millionen Goldmark zu bezahlen. Die Reichsregierung bereitete, um eine ergänzende Garantie zu erhalten, Verhandlungen mit der Industrie und deutschen Privatbanken vor. Sie wollte außerdem Unterhandlungen mit dem Ausland, besonders mit England, zu einem positiven Ergebnis führen.

Es war daher eine kaufmännische Basis für das Abkommen mit Belgien gefunden, die in Uebereinstimmung mit der Entscheidung der Wiedergutmachungskommission stand, und wenn alles nach den Handelsgebräuchen abgelaufen wäre, hätte letzten Sonnabend bereits ein Vertrag abgeschlossen werden müssen. Wir hätten alsdann eine fühlbare Erleichterung der wirtschaftlichen und politischen Atmosphäre gehabt. Aller Wahrscheinlichkeit wäre die Mark gestiegen und hätte Monate hindurch stabil bleiben können. Deutschland hätte die nötigen Maßnahmen für die schwierige Winterzeit treffen können und sich in aller Ruhe auf die Arbeit der nächsten Konferenz vorbereiten können, von denn der Friede Europas abhängt.

Unglücklicherweise wurde alles in Frage gestellt, weil die belgische Regierung an dem Buchstaben der Entscheidung der Reparationskommission sich klammert, der nur sechsmonatige Schatzscheine vorgesehen hat. Ich erlaube mir nicht, die Entscheidung der belgischen Regierung zu kritisieren. Ich kann sie nur bedauern, weil ich der Meinung bin, daß sie weder unserem Interesse noch dem Europas dient. Ich kann nicht glauben, daß die Wiedergutmachungskommission sich einer Regelung widersetzt hätte, die die belgischen Delegierten zufriedenstellend gefunden hätten. Die Reparationskommission hat allerdings noch die Möglichkeit, die belgischen Zweifel zu beruhigen, indem sie einer eventuellen Verlängerung der Zahlungsfrist zustimmt. Das wäre die einfachste Lösung. Aber man darf keine Zeit verlieren, und jeder Tag, der versäumt wird, nimmt uns die Möglichkeit der Reparationen.

Ich hoffe, daß das augenblickliche Scheitern der Verhandlungen mit Belgien nicht eine Krise der Mark hervorrufen wird und daß sich die Lage bald aufklärt. Die belgischen Vertreter selbst betonen, daß sie das größte Interesse daran hätten, einen weiteren Sturz der Mark aufzuhalten. Wir legen ebenfalls größten Wert darauf, und man muß ohne Verzug handeln.

Die Reichsregierung wird jede Regelung annehmen, die sie vor dem deutschen Volke vertreten kann. Andererseits kann sie aber auch keine Verpflichtungen eingehen, die, wie sie im voraus weiß, nicht erfüllen kann, und die nicht eine endgültige Lösung des Reparationsproblems herbeiführen.

Gewerkschaften und Volksernährung

Durch den Sog. Parlamentsdienst wird uns mitgeteilt: Am Dienstag vormittag empfing Reichswirtschaftsminister Genosse Schmidt im Beisein des Ernährungsministers Professor Dr. Fehr die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu neuen Besprechungen über die Maßnahmen gegen die Teuerung. Der Vertreter der christlichen Gewerkschaften gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß das Reichswirtschaftsministerium in so wohlwollender Weise die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren bestrebt ist und bereits einen großen Teil der von der bürgerlichen Presse als phantastisch und undurchführbar bezeichneten Forderungen der Gewerkschaften verwirklicht hat. Die Hauptwünsche der Gewerkschaften bezogen sich diesmal auf die Sicherung der Ernährung der arbeitenden Massen. Der Reichsernährungsminister entwarf ein ausführliches Bild von der gegenwärtigen Ernährungslage und äußerte sich dabei sehr optimistisch über die diesjährige Ernte. Die Getreideernte sei zwar nicht besonders günstig gewesen, aber mit Hilfe der noch vorhandenen Reserven hoffe man ohne Schwierigkeiten das neue Erntejahr überstehen zu können. Die Kartoffelernte sei als glänzend zu bezeichnen. Höchstpreise für Kartoffeln seien kaum nötig, da durch das zu erwartende große Angebot ein übermäßig hoher Preis nicht zu befürchten sei. (Na, na! Die Redaktion.) Sehr gut verspreche auch die Zuckerernte zu werden.

In der sehr ausführlichen Besprechung wurde von den Vertretern aller Spitzenorganisationen wiederholt dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß, wie das Reichswirtschaftsministerium, sich auch die anderen zuständigen Ressorts die Bekämpfung der Teuerung und des Wuchers angelegen sein lassen möchten.

•

Die wiederholten Besprechungen der Reichsregierung mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften machen einem Teil der bürgerlichen Presse einige Sorgen. Wie früher, so spricht man auch jetzt von der gewerkschaftlichen Nebenregierung, aber die eigentliche Ursache der Aufregung dürfte darin zu erblicken sein, daß die hinter der bürgerlichen Presse stehenden Handels- und Industriekreise eine Beschränkung der Wucherfreiheit befürchten.

Die Reichsregierung ist nicht für eine bestimmte Bevölkerungsschicht, sondern für das ganze Volk da, und sie hat bisher gezeigt, daß ihr nichts ferner liegt, als die Bevorzugung einer Klasse. In welchem Maße aber die Wirtschaftsorganisationen zu den notwendigen Beratungen herangezogen werden, das hängt nicht nur von deren Macht, sondern auch von ihrer Initiative ab. Die Gewerkschaften aller Richtungen haben sich in der Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder keinerlei Beschränkung auferlegt und sind wiederholt von den Regierungsstellen zu Beratungen herangezogen worden, die überdies im Interesse aller jener Volksgenossen liegen, die nicht über riesige Kapitalien verfügen. Merkwürdig ist, daß die bürgerliche Presse nur sieht, was die Gewerkschaften machen und offenbar nichts von dem ununterbrochenen Sturm der Industrie- und Handelskreise auf das Reichswirtschaftsministerium wissen. Vielleicht erkundigt man sich einmal im Reichswirtschaftsministerium, wie oft der Minister täglich Vertreter des Handels und der verschiedenen Industriegruppen empfängt, um mit ihnen über notwendige Maßnahmen zu sprechen, ihre Wünsche und Beschwerden anzuhören.

Belgien verlangt die Goldgarantie.

Wolff meldet: Wie die „Agence belge" mitteilt, beschloß der belgische Ministerpräsident, der seine in Brüssel anwesenden Kollegen über die Lage auf dem Laufenden gehalten hatte, von Deutschland die Bezahlung der am 15. August und 15. September 1922 fälligen Zahlungen mit Schatzscheinen zu verlangen, die durch Goldbesitz sichergestellt werden sollen, das in einer der belgischen Regierung genehmen Bank zu hinterlegen ist. Gestern vormittag hat der Minister des Aeußern dem deutschen Geschäftsträger, Dr. Landsberg, diesen Beschluß der belgischen Regierung notifiziert.

Danach haben sich also die gestrigen „Temps"-Vermutungen als richtig erwiesen. Wie aus der obenstehenden Rede Dr. Wirths hervorgeht, liegt es im Ermessen der Reparationskommission, in einem Belgien und Deutschland befriedigenden Sinne einzugreifen. Die voraussichtlich heute in Paris stattfindenden Garantieverhandlungen dürften hierüber Klarheit bringen.

Der Einigungsparteitag.

Vom Parteivorstand wird uns geschrieben: Die Delegationen zu dem Einigungs-Parteitag in Nürnberg werden von den beiden Parteitagen in Augsburg und in Gera gewählt. Nach den Vereinbarungen beider Parteivorstände soll die Delegation für jede der Parteien bis zu 150 Personen betragen, einschließlich der Vertreter der Parteikörperschaften.

Um die Stellung der Reichsbeamtin.

(Eigene Berliner Meldung.) Die Verhandlungen zur Regelung der Abfindung der Reichsbeamtinnen, die aus Anlaß ihrer Verheiratung aus dem Dienst scheiden, brachten in der Aussprache zwischen dem Reichsinnenministerium und den Organisationen der Reichsbeamtinnen eine Reihe von Anregungen, die zunächst verarbeitet werden mußten. Danach erfolgten noch Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium über die Kostenfrage. Die umgearbeiteten Vorschläge gehen nun an die Organisationen. Die Verhandlungen kommen noch vor dem Zusammentritt des Reichstages zum Abschluß.

Für das uneheliche Kind.

(Eigene Berliner Meldung.) Der Entwurf eines Gesetzes über uneheliche Kinder und die Annahme an Kindesstatt, der vor kurzem noch einmal umgearbeitet wurde, ist den Landesregierungen übersandt worden. Die Justizminister der Länder werden nun zusammen mit dem Reichsjustizministerium noch vor Schluß der Reichstagsferien in einer Konferenz den Entwurf besprechen. Die endgültige Fassung des Entwurfes wird zu Beginn der Reichstagssitzungen dem Reichstag zugehen.

Transportarbeiteraussperrung in Sachsen

Aus Dresden wird uns gemeldet: Der Transportarbeiterstreik in Leipzig und mehreren anderen Städten Sachsens wurde von den Unternehmern mit der Aussperrung der Transportarbeiter im übrigen Sachsen beantwortet.

Gewerkschaften und französischer Wiederaufbau.

Aus Paris wird gemeldet: Das Aktionskomitee der zerstörten Gebiete nahm über die Vorschläge der deutschen Arbeiterverbände bezüglich einer größeren Lieferung von Material für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete folgende Tagesordnung an: Das Aktionskomitee für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete fordert die deutschen Arbeiterorganisationen auf, Delegierte zu entsenden, damit diese, mit den nötigen Vollmachten versehen, in Paris mit dem Aktionskomitee verhandeln können.

Lohndifferenzen auf den Schiffswerften.

(Eigene Hamburger Meldung.) Die gestern in Hamburg gepflogenen Verhandlungen zwischen den Besitzern der Seeschiffswerften und den Arbeitern sind ergebnislos verlaufen. Das Reichsarbeitsministerium ist von den letzteren als Schiedsinstanz angerufen worden. Die entscheidende Sitzung wird voraussichtlich am 15. September stattfinden.

Landesbibliothek Oldenburg

Englands künftige Orientpolitik.

Die Richtlinien für das politische Verhalten Englands gegenüber dem griechischen Zusammenbruch werden jetzt klar erkennbar. Griechenland ist durch die Niederlage so vollständig erledigt, daß es als militärisches oder politisches Hilfsmittel für die englische Orientpolitik überhaupt nicht mehr in Betracht kommt. England läßt daher, wie die „B. Z." aus London meldet, Griechenland fallen, und in den englischen Zeitungen finden sich auch bereits Vorwürfe und deutliche Abschüttelungen Griechenlands. Der Gesichtspunkt der nächsten politischen Politik ist der Satz: Konstantinopel muß freie Stadt unter englischer Kontrolle bleiben.

Siegesfeiern in der Türkei.

Die Telegramme aus Konstantinopel melden, wurde infolge Entfachung des türkischen Kriegsgeistes durch den kemalistischen Sieg in Kleinasien ein ernster Angriff von türkischen Agitatoren auf die Ausländer, einschließlich der Engländer, in Konstantinopel und in Pera unternommen, bei dem mehrere Personen ums Leben kamen. Die Türken benutzten Revolver und Steine. Die Fensterscheiben zahlreicher britischer und französischer Kaufläden im britischen Viertel wurden zertrümmert. Die Polizei war machtlos. Mit Unterstützung englischer Matrosen gelang es dem türkischen Oberbefehlshaber, die Ordnung wiederherzustellen.

Der unerwünschte Protektor.

Wolff meldet aus Jerusalem: Vorgestern wurde die Zeremonie der Proklamierung des britischen Mandats über Palästina abgehalten. Auf eine Aufforderung des arabischen christlichen Komitees blieben die nichtjüdischen Läden geschlossen. Die Handwerker legten zum Zeichen des Protestes die Arbeit nieder.

Neue Zusammenstöße in Oberschlesien.

Neun Arbeiter getötet.

Wolff berichtet aus Bismarckhütte: Vorgestern haben in Bismarckhütte blutige Zusammenstöße stattgefunden. Als die Belegschaft der Bismarckhütte erfahren hatte, daß die Lohnzahlungen in polnischer Währung erfolgen sollten, zog die Arbeiterschaft, 6000 bis 8000 Mann stark, vor die Villa des Generaldirektors, drang dort ein und schleppte den Generaldirektor zum Rathause. Der Generaldirektor mußte schwerverletzt in das Betriebslazarett eingeliefert werden. Erst am Nachmittag traf ein starkes Polizeiaufgebot in Bismarckhütte ein, die Menge entwaffnete jedoch die Polizei. Da die Ansammlungen vor dem Direktionsgebäude immer mehr an Umfang zunahmen, wurde eine Abteilung Infanterie herbeigerufen, die am Markt ein Maschinengewehr aufstellte. Trotz wiederholter Aufforderung, auseinanderzugehen, wich die Menge nicht von der Stelle. Plötzlich fielen Schüsse und das Maschinengewehr begann zu feuern. Da das Militär mit Steinen beworfen sein sollte, hatte der Kommandant Befehl zum Feuern gegeben. Acht Arbeiter und ein Polizeibeamter waren tot, eine Anzahl Personen schwer oder leicht verletzt. Um 10 Uhr abends fand im Rathause eine Versammlung wegen Verhängung des Belagerungszustandes statt. Der Betrieb ruht vollständig.

Aus Ratibor wird gemeldet: Auf dem Bahnhof zu Bauerwitz kam es bei Auseinandersetzungen zwischen Eisenbahnbeamten und Arbeitern zu Zusammenstößen der Arbeiter mit herbeigerufener Schupo. Dabei wurde ein Arbeiter getötet und drei Personen verletzt.

Eine wichtige Notstandsverordnung.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft veröffentlicht eine Verordnung, die den Zweck verfolgt, eine unter den heutigen Verhältnissen ungeeignete Verwendung von Zucker, Gerste und Obst zu unterbinden. Mit sofortiger Wirkung wird bestimmt, daß bis auf weiteres Inlandszucker zur Herstellung von Schokolade, Süßigkeiten, Branntwein, Likör und Schaumwein nicht mehr geliefert und verwendet werden darf. Auch die Erfüllung etwaiger noch laufender Verträge über Lieferung von Inlandszucker für diese Zwecke ist verboten. Es ist lediglich erlaubt, die etwa bei den Betrieben noch vorhandenen Bestände an Inlandszucker aufzuarbeiten.

Durch weitere Vorschriften ist die Herstellung von Bier insofern eingeschränkt worden, als die Herstellung von Starkbier, d. h. mit einem Stammwürzegehalt von mehr als 18 Proz. überhaupt verboten wird. Außerdem darf das Vollbier, soweit es 10 Proz. Stammwürzegehalt hat, nur bis zur Höchstmenge von einem Viertel des gesamten Ausstoßes der einzelnen Brauerei in einem Jahre hergestellt werden.

Um das Obst in erster Linie der Frischverwertung und der Marmeladenherstellung zuzuführen, ist endlich die Herstellung von Branntwein aus Obst verboten worden. Angesichts der außerordentlichen Ernährungsschwierigkeiten wird es, die Herstellung des Branntweins aus Kartoffeln eine gleiche Beschränkung wie im Vorjahre erfahren.

Diese Verordnung des Reichswirtschaftsministers ist in der Hauptsache auf das Drängen der Arbeiterschaft (Forderungen der Gewerkschaften) hin erfolgt.

180fache Steigerung.

Nachdem vor acht Tagen die August-Steigerung der Lebensmittel mitgeteilt wurde, wird heute die amtliche Ziffer für den Großhandel veröffentlicht. Wolff teilt also mit: Der Marksturz im Monat August hat eine Preissteigerung auf allen Gebieten der Warenwirtschaft ausgelöst, wie sie in der seit Jahresfrist andauernden Periode der fortschreitenden Geldentwertung noch nicht beobachtet wurde. Nach der Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts erreichte das deutsche Preisniveau im August das 179,9fache des Friedensstandes. Diese Ziffer bezieht sich auf den Monatsdurchschnitt, der durch den Stand vom Ende des Monats, wie in „Wirtschaft und Statistik" dargestellt, erheblich übertroffen wird. Gegenüber Juli (100,6fach) stiegen die Großhandelspreise um 78,8 vom Hundert. Der Dollar wurde im Juli mit 493,22 Mark, im August mit 1134,56 Mark notiert und somit um 130 v. H. höher bewertet. Dieser Bewegung kommen die Einfuhrwaren am nächsten, deren Preise von dem 138,8fachen auf das 334,0fache oder um 134,5 v. H. emporschnellten, während die Inlandwaren um 62,9 v. H. von dem 97fachen auf das 150,8fache anzogen. Im einzelnen stiegen: Getreide und Kartoffeln von dem 96,3fachen auf das 161,7fache; Fette, Zucker, Fleisch und Fische von dem 86,8fachen auf das 150,2fache; Kolonialwaren von dem 130,5fachen auf das 238,4fache; Lebensmittel zusammen von dem 94,4fachen auf das 178,1fache. Ferner stiegen Häute und Leder von dem 126,7fachen auf das 396,4fache; Textilien von dem 170fachen auf das 302,1fache; Metalle von dem 108,3fachen auf das 256,7fache; Kohle und Eisen von dem 96,5fachen auf das 123,6fache; Industriestoffe zusammen von dem 112,1fachen auf das 192,5fache.

Nachrichtenämter und Zeitungssterben.

Die in Magdeburg tagende Arbeitsgemeinschaft der städtischen Nachrichtenämter hat folgende Entschließung angenommen: Die Arbeitsgemeinschaft der städtischen Nachrichtenämter nimmt mit lebhaftem Bedauern Kenntnis von der zunehmenden Not der deutschen Presse, die sich in dem Sterben zahlreicher, vielfach alter und angesehener Zeitungen äußert. Die Arbeitsgemeinschaft, deren Mitglieder auf Grund eigener Erfahrung den hohen Wert der Presse für unser gesamtes öffentliches Leben erkannt haben, bedauert es insbesondere auch, daß Staat und Reich keine wirksamen Maßnahmen ergriffen haben, um eine weitere Verschärfung der Notlage zu verhindern. Die Arbeitsgemeinschaft erwartet mit Bestimmtheit, daß nunmehr wenigstens — im letzten Augenblick — Regierungen und Parlamente diejenigen Schritte unternehmen werden, die geeignet erscheinen, den deutschen Zeitungen die Fortexistenz zu ermöglichen.

Die neuen Postgebühren.

Der Reichsrat nahm gestern endgültig die neuen Postgebühren an. Danach wird u. a. der einfache Fernbrief vom 1. Oktober ab 6 Mark kosten, die Postkarte im Fernverkehr 3 Mark, ein Fünf-Kilo-Paket wird in der Nahzone 30 Mark, in der Ferngone 80 Mark kosten. Ein Auslandsbrief bis zum Gewicht von 20 Gramm wird 20 Mark kosten. Der Mindestbetrag für Ortstelegramme ist auf 30 Mark, für ein Ferntelegramm auf 60 Mark festgesetzt.

Postminister Giesberts bemerkte nach Annahme der Vorlage: Hiermit ist das Defizit der Reichspostverwaltung nicht abgedeckt, es bleibt rechnungsfähig wahrscheinlich ein Fehlbetrag von 15 bis 20 Milliarden. Wenn wir auf die Erhöhung der Zeitungsgebühren verzichtet haben, so geschah es mit Rücksicht auf die ungeheure Not der Presse. Bei den Brief- und Drucksachentarifen sind wir außerordentlich maßvoll gewesen, weil wir nicht durch überspannte Gebühren den Verkehr abdrosseln wollen. Es ist uns nahegelegt worden, auf ein Briefporto von 10 Mark zu gehen. Wir glaubten das nicht tun zu sollen, weil wir nach den Erfahrungen, die wir mit der Erhöhung des Tarifs von 60 Pf. auf 2 Mark gemacht haben, eine Verkehrsabwendung im größten Umfange erwarten mußten.

Erlaß über Ziegelpreise.

Wie der amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Minister für Volkswohlfahrt an die Regierungspräsidenten folgenden Erlaß herausgegeben: Es mehren sich die Fälle, daß einzelne Baustofferzeuger und Händler unbillig hohe Preise für Ziegelerzeugnisse fordern, die mit den Gestehungskosten nicht in Einklang zu bringen sind. Da eine derartig ungesunde Preisbildung der Förderung des mit öffentlichen Mitteln unterstützten Wohnungsbaues zuwiderläuft und die Allgemeinheit schädigt, ersuche ich, der Baustoffpreisbildung dauernd besondere Beachtung zu schenken und mir über dort bekanntwerdende übermäßige Forderungen unter Angabe der betreffenden Firmen und Darlegung der besonderen Verhältnisse umgehend zu berichten. Weitere Maßnahmen gegen diese Firmen behalte ich mir vor.

Die zukünftige Wochenhilfe.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit der Erhöhung der Beiträge für Wochenhilfe und Wochenfürsorge. Von den bürgerlichen Parteien wurde gemeinsam ein Antrag eingebracht, der nicht ganz den Anträgen des Reichstagsausschusses für soziale Angelegenheiten folgt, wo die sozialdemokratischen Parteien durchweg eine höhere Ziffer als die nachfolgend festgesetzten forderten. Es sollen nun im Reichshaushalt für Zwecke der Wochenhilfe und Wochenfürsorge insgesamt 1500 Millionen Mark pro Jahr eingesetzt werden. Der Ausschuß nahm den Antrag der bürgerlichen Parteien an. Demnach beträgt die einmalige zu gewährende Wochenbeihilfe zu den Kosten der Entbindung nach den neuen Beschlüssen nunmehr 500 Mark. An Wochengeld werden 15 Mark pro Tag für 71 Tage gewährt und außerdem ein Stillgeld von 25 Mark pro Tag auf die Dauer von 85 Tagen.

Diesen Beschluß stimmte dann auch noch der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten zu, der nochmals zusammenberufen worden war.

Die Tagung der Eisenbahner.

Am 2. Verhandlungstage erstattet der Verbandsvorsitzende Scheffel den Geschäftsbericht. Er bespricht zunächst die Lohn- und Gehaltspolitik des Verbandes. Am Schlusse seiner sechsstündigen Rede behandelte Scheffel die Organisationsfrage. Er wendet sich gegen Ausführungen des Vorsitzenden Schumann auf der Generalversammlung des Transportarbeiter-Verbandes, in denen dem Vorstand des Eisenbahnerverbandes Sabotierung des Verkehrsbundes vorgeworfen wird. Es sei nur betont worden, daß die Zeit für die Einheitsorganisation noch nicht reif sei. Mit der Reichsgewerkschaft war der Vorstand einig, daß der reaktionäre Deutsche Beamtenbund einer gewerkschaftlichen Spitzenorganisation der Beamten Platz machen müsse. Darum haben wir die Gründung des A. D. B. begrüßt und ihn moralisch und finanziell unterstützt. Die Ausführungen Scheffels wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Bemerkenswert ist der ruhige Verlauf der ersten beiden Verhandlungstage. — Ein von Ebner-Frankfurt a. M. begründeter Antrag, zum Geschäftsbericht einen Korreferenten mit unbeschränkter Redezeit sprechen zu lassen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Partei Ledebour?

Es war schon bekannt, daß eine Gruppe der Unabhängigen Partei der Wiedervereinigung mit der alten Sozialdemokratischen Partei lebhaften Widerstand entgegensetzt und daß Georg Ledebour in dieser Gruppe die Führung hat. Nun veröffentlicht Ledebour in der „Freiheit" einen Artikel, der seine Absicht, gewisse Reste der Unabhängigen Partei als eigene Gruppe aufrechtzuerhalten, deutlich erkennen läßt. In diesem Artikel wird über die Hast, mit der von unabhängiger Seite die Einigung betrieben werde, bitter Klage geführt und der Vorwurf erhoben, daß die bisherigen Anhänger der Unabhängigen Partei, die für die Einigung eintreten, ihre von den mehrheitssozialistischen abweichenden Auffassungen preisgegeben hätten. Als Beweis dafür wird merkwürdigerweise ein Satz des „Vorwärts" angeführt, in dem es heißt, daß aus Anlaß der Vereinigung von den bisherigen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei eine Aufgabe der im Görlitzer Programm niedergelegten theoretischen Auffassungen nicht verlangt werde. Damit hat der „Vorwärts" doch nur eine Selbstverständlichkeit ausgesprochen. Von den bisherigen Mitgliedern der Unabhängigen Partei wird aber auch nicht verlangt, daß sie ihre abweichenden Auffassungen preisgeben. Ueber solche Meinungsverschiedenheiten wird man sich eben in der Vereinigten Partei freundschaftlich auseinandersetzen, und die Arbeit der eingesetzenden Programmkommission wird dazu die beste Gelegenheit bieten.

Daß gerade Ledebour besondere Angst hat, der Gedanke der Rätediktatur könnte völlig aufgegeben werden, muß wundernehmen. Denn bis hoch in die Sechzig hinein war Ledebour der entschiedenste Vorkämpfer der parlamentarischen Demokratie. Es ist uns nicht erinnerlich, daß er jemals in seinen Reden bis vor ihren Jahren politische Ziele entwickelt hätte, die über den demokratischen Parlamentarismus hinausgegangen wären. Die Bekehrung erfolgte erst im Winter 1918/19, als sich Ledebour bei dem Januar-Putsch dazu verstand, eine wenig erfreuliche und der Sache der Arbeiter wenig nützliche Rolle zu spielen.

Ledebour gibt nun in seinem Artikel jenen seiner bisherigen Weggenossen, die sich der Vereinigten Partei anschließen wollen, den Abschied, indem er sagt, sie würden damit aufhören, „Vertreter des revolutionären proletarischen Klassenkampfes zu sein". Und er fährt fort: „Um so gebieterischer erwächst daraus uns anderen, die wir erfüllt sind von dem Grundgedanken unserer Bewegung, die Pflicht, alles aufzubieten, um unsere Partei auch im Widerspruch zu einem Mehrheitsbeschluß aufrecht zu erhalten als Vertreterin des revolutionären Sozialismus." Damit ist ausgesprochen, daß sich die verbleibende Minderheit als selbständige Partei unter Führung Ledebours konstituieren will.

Ob sich dieser neuen Partei noch andere bekannte Persönlichkeiten der bisherigen USP. anschließen werden, ist noch unbekannt. Da und dort werden die Namen von zwei oder drei Leuten genannt, die selber noch im Ungewissen darüber sein sollen, was sie nach der Einigung tun werden. Von der Reichstags- und der preußischen Landtagsfraktion der Unabhängigen dürften nur ganz vereinzelte Mitglieder der Einigung fernbleiben. Was übrig bleibt, kann keine eigentliche Partei, sondern höchstens eine ganz bescheidene politische Gruppe darstellen. Es heißt, daß diese Gruppe beabsichtigt, in Berlin ein Wochenblatt herauszugeben. Eine größere Bedeutung als die eines politischen Kuriosums wird ihr nicht zufallen.

Politische Rundschau.

Hillers Begnadigungsgesuch abgelehnt. Der seinerzeit wegen Soldatenschinderei an dem Gardefüsilier Helmhake verurteilte Oberleutnant, jetzigen Assessor Hiller, hatte Revision gegen das Urteil eingelegt. Das Reichsgericht hatte diese Revision abgewiesen.

Politische Notizen. Entgegen dem Antrag der Sozialdemokraten hat der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages heute die Höhe der Beamtenversicherungsgrenze auf 200 000 Mark festgesetzt. — Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete hat bei der Rheinlandkommission feierlichen Protest gegen die Verhaftung des Regierungsassessors Dr. Lange in Wiesbaden eingelegt und um Angabe der Gründe für diese Maßnahme ersucht. — Der Verwaltungsrat der Berliner Straßenbahn erklärte in seiner Sitzung am Montag sich mit der Erhöhung des Tarifs auf 10 Mark einverstanden. Es soll der Stadtverordnetenversammlung eine dringende Vorlage unterbreitet werden, den 10-Mk.-Tarif noch in dieser Woche einzuführen. — Der bisherige Leiter der Abteilung für Reparationsfragen im Auswärtigen Amt, Legationsrat Martius, ist zur besonderen Verwendung der deutschen Botschaft in Paris zugewiesen. — Aus London wird gemeldet: Es steht fest, daß Lloyd George im Laufe dieser Woche noch nach Genf zur Völkerbundstagung abreisen wird.

Mittagskurse.

	13. September	12. September
Amerikanischer Dollar	Mk. 1580	Mk. 1500
Holländischer Gulden	„ 602	„ 585
Englisches Pfund	„ 6800	„ 6660
Dänische Krone	„ 330	„ 324

Ein vielversprechender junger Mann.

Schwer geschädigt wurde eine Berliner Aktiengesellschaft in der Markgrafenstraße. Der bei ihr seit einem halben Jahre beschäftigte 19jährige Kaufmannslehrling Max Scheibe erhielt den Auftrag, 750 000 Mark von der Reichsbank abzuheben. Scheibe nahm das Geld auch in Empfang, lieferte es aber nicht ab, sondern verschwand.

Fräulein „Spinne" aus Kottbus.

Berliner Blätter berichten: Ein unliebsames Abenteuer erlebte ein Provinzler, der auf einem Spaziergange ein junges Mädchen kennen gelernt hatte. Die Kleine hatte gegen eine Begleitung nichts einzuwenden, schlug aber eine Einladung, mit ihm ein Lokal aufzusuchen, ab. Dagegen war sie gern bereit, sich mit ihm auf einer Bank auf dem Dönhoffplatz ein Weilchen niederzulassen. Weil sie, es war schon spät am Abend, in ihrer sommerlichen Kleidung fror, so hatte ihr Begleiter nichts dagegen, daß sie sich ihre Hände an seinem Busen wärmte. Während dieser zärtlichen Umarmung schrie das Mädchen plötzlich auf und sogleich waren auch drei Männer, die auf einer Bank in der Nähe gesessen hatten, gleich zur Stelle, um ihm beizustehen. Während die Kleine eiligst davonlief, fielen die „Retter" über den Mann her, schlugen auf ihn ein und wollten dann selbst verschwinden. Das wäre ihnen auch geglückt, wenn nicht eine Radsahrpatrouille der Schutzpolizei den Vorgang beobachtet hätte. Die Beamten fuhren dem Mädchen und den Männern nach und stellten dieses und zwei seiner Helfer. Die Ursache des unliebsamen Abschlusses der zärtlichen Umarmung war bald klargestellt. Die Kleine hatte dem Herrn dabei die gefüllte Brieftasche aus der inneren Westentasche gezogen und die drei Männer, die auf ihre Hilferufe herbeigeeilt waren, waren ihre Spießgesellen. Das Mädchen wurde festgestellt als eine 19 Jahre alte Elisabeth Minde, die noch bis vor kurzem auf einem Rummel in Kottbus als „Spinne" aufgetreten war. Der eine der beiden verhafteten Spießgesellen wurde als ein gewerbsmäßiger Taschendieb Martin Cohn aus Wien entlarvt, der schon vor Jahresfrist den Ausweisungsbefehl erhalten hatte, sich trotzdem unangemeldet in Berlin umhertrieb. Der zweite, dem das Mädchen die Brieftasche zugesteckt hatte und bei dem sie auch noch gefunden wurde, ist ein Arbeiter Czimak aus Böhmen. Alle drei wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Eine Schlemmerstätte.

Berliner Blätter berichten: Eine Schlemmerstätte, die im Verborgenen blühte, erhielt in der vorvergangenen Nacht unerwarteten Besuch der Kriminalpolizei. In der Wilmersdorfer Straße, in einer kleinen, unscheinbaren Konditorei, ging es, wie der Kriminalpolizei bekanntgeworden war, zu Tages- und Nachtzeiten sehr hoch her. Obwohl sie nur Konzession zum Ausschank von Kaffee hatte, war der Umsatz an Schaumweinen, Likören usw. sehr groß. Hauptsächlich Ausländer wurden der Konditorei zugeführt. Die Gäste saßen in dem engen, kleinen Raume dicht beieinander, zahlten für die Getränke höchste Preise und wurden dafür durch Darbietungen niedrigster Art, vornehmlich durch Nacktänze, „entschädigt". Die billigste Flasche Sekt kostete 3000 Mk. Wenn sie bestellt wurde, so wurde den Gästen noch ausdrücklich gesagt, daß es sich um keine besonders gute Marke handele, sie aber bessere Sorten, die 5000 und 6000 Mark die Flasche kosteten, erhalten könnten. Nachdem das Tun und Treiben in der Konditorei zur Kenntnis der Kriminalpolizei gekommen war und Beobachtungen alles bestätigt hatten, fiel die Streife in der vorvergangenen Nacht plötzlich ein, gerade in dem Augenblick, als es besonders lebhaft zuging. Mehrere Gäste, auch Ausländer, sahen sich bei diesen Preisen „geneppt" und es war zu einer ziemlich lauten Auseinandersetzung gekommen. Die Beamten stellten die anwesenden Personen fest und haben das Lokal aus.

Ein Märtyrer der Wissenschaft.

Dem Meyer praktischen Arzt Dr. Reiß, Gründer des Instituts für Radiologie und Radiotherapie im Blandinenstift, mußte die rechte Hand abgenommen werden. Seit 1909 hat der hervorragende Mediziner sich mit der Anwendung der Röntgenstrahlen beschäftigt und zahlreiche Kranke mit Erfolg behandelt. Bereits 1910 verursachten die für den ausübenden Arzt so gefährlichen Strahlen den Verlust des kleinen Fingers der rechten Hand. Seither verbreiteten sich die Geschwürbildungen auch an den anderen Fingern und der äußeren Handfläche, so daß die Amputation der ganzen Hand notwendig wurde.

•

Aus Karlskrona (Schweden) wird gemeldet: Die Jacht „Fimra", die am 25. September 1920 Karlskrona verließ, ist vorgestern abend nach vollendeter Weltumseglung im hiesigen Hafen wieder eingelaufen. — Nach einer Havas-Meldung aus Perpiguan ist gestern im Gebietsteil dieses französischen Departements Schnee gefallen.

Landesbibliothek Oldenburg

11. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

K. R. Am 3. September erfolgte im Berliner Gewerkschaftshaus die Eröffnung des Verbandstages, die durch die gleichzeitige Feier des 25jährigen Verbandsjubiläums und eine sehr herzliche Ehrung des Verbandsvorsitzenden Schumann ein besonderes, festliches Gepräge erhielt. Die Zahl der Delegierten betrug 306, dazu kamen Verbandsvorstand, Ausschuß, Revisoren, Reichsabteilungsleiter, Gau- bzw. Bezirksleiter, Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden und aus- und inländischer Bruderorganisationen und sonstige Gäste.

Schumann gab den sich auf drei Jahre (1919 bis 1921) erstreckenden mündlichen Tätigkeitsbericht des Vorstandes, über den außerdem drei ausführliche Jahrbücher vorliegen. Wir erwähnen aus ihm hier nur die Zahlen über die Mitgliederentwickelung: Ende 1918 191 073, Ende 1921 567 447 Mitglieder. Die Hoffnungen auf weiteste Ausbreitung des Verbandes haben sich seit der Revolution mit einem Sprung erfüllt.

Nach Schumann erstatteten Kassierer, Redakteur, Revisoren und Ausschußvertreter ihre Berichte.

In der Generaldiskussion kam zunächst die Arbeitsgemeinschaft — ihre Vorteile und Nachteile — in den Vordergrund zu stehen. Eine Resolution lag vor, die sich stützt auf die diesbezügliche Resolution des kürzlich stattgefundenen Gewerkschaftskongresses und von Schumann und der Statutenberatungskommission zur Annahme empfohlen war. Ihr wurde im Laufe der Debatten eine andere entgegengestellt des Inhalts, daß die Arbeitsgemeinschaften nur den Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit verdunkeln, den Klassenkampf verflachen und die Arbeiter schädigen, und daß der Verbandstag deshalb die Arbeitsgemeinschaftspolitik ablehne.

Die Diskussion erhielt momentweise eine größere Schärfe, z. B. als Thälmann-Hamburg sich in verletzender Weise gegen den internationalen Sekretär Jimmen wandte. Hervorgehoben sei hier noch ein eindrucksvolles Eintreten Loses (Berlin) für die Abwehr der kommunistischen Pressangriffe durch den „Courier". Sie hätten zurückgewiesen werden müssen; hätten dabei auch die Redakteure einmal über die Stränge geschlagen, so müßte die Grundursache bekämpft werden, und das sei die wüste Herumtreiterei der Gewerkschaftsarbeit durch die kommunistische Presse. Fallen müsse auch der Zustand, daß für das gewerkschaftliche Verhalten gewisser Kollegen nicht die gemeinsame Verbandsdisziplin maßgebend sei, sondern die Direktiven aus Münzstraße 24 (kommunistische Zentrale Berlin). Durchgehends behielt die Diskussion einen sehr sachlichen und den wenigen Rednern abgesehen, auch einen für Vorstand und Redaktion durchaus anerkennenden Charakter.

Nach den für einige kommunistische Redner nicht rühmlich ausfallenden Schlußworten Drehers und Schumanns wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt (Lebhafter Beifall) und die Vorstandsresolution zur Arbeitsgemeinschaftsfrage mit übergroßer Mehrheit angenommen. Eine Anzahl Anträge wurde dem Vorstand überwiesen; sie beziehen sich auf Prüfung der Fragen nach Schaffung einer Jugendbeilage und geeigneten Aenderungen in der Herausgabe und Gestaltung der Gruppenfachblätter und des Hauptblattes. Gebilligt wurde, zwischen dem Transportarbeiter- und dem Hausangestelltenverband ein Kartellverhältnis zu schaffen. Weiter wurde eine Vereinbarung mit dem dänischen Bruderverband gutgeheißen, die die aus dem Verbandsverhältnis entspringenden Unterstützungsansprüche der nach Dänemark herüberwechselnden Kollegen sicherstellt. Entsprechend den vom Kassierer Nürnberg begründeten Vorschlägen wurden verschiedene Satzungsänderungen (Erhöhung der Beiträge und Unterstützungen) zur Festigung der „Fakultativen Rechtsschutz- und Haftpflichtunterstützung" vorgenommen. Sie gibt den Verbandsmitgliedern über den sonstigen Verhandlungsrechtsschutz hinaus gegen einen besonderen Beitrag Rechtsbeistand in voller Höhe für alle Instanzen bei Schadenersatzklagen auf Grund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen, ferner gibt sie den Mitgliedern Ersatz der Bußen oder Schadenersatzkosten, zu denen sie in einem gegen sie anhängig gemachten Prozeß auf Grund des Automobilgesetzes oder der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches verurteilt werden.

Einem interessanten Referat des 2. Vorsitzenden Döring über die seit dem Kriege kräftig wiedererstandene „Internationale Transportarbeiter-Federation" (es beschickten ihren letzten Kongreß 1921 in Genf aus 12 Nationen 37 Organisationen mit 2 270 000 Mitgliedern) folgte eine Aussprache mit dem Wortführer der Moskauer Richtung (Thälmann-Hamburg), dessen Opposition nur sehr wenig Boden auf dem Verbandstag fand. Die Ausführungen Thälmanns beleuchtete Mundt-Danzig mit der stürmische Erregung auslösenden Mitteilung, daß Mitglieder der kommunistischen Partei in Danzig an die Ausladung der Munitionsdampfer der Entente herangegangen seien, um den Munitionsboykott gegen Polen zu brechen, dann stellte Döring wirksam das richtig, was schief und unhaltbar an Thälmanns Darstellungen war.

Pause (Vorstand) erstattete ein sachliches Referat über den durch die Presse bereits allgemein bekannten Verlauf des Leipziger Gewerkschaftskongresses. Als Korreferent sprach der politisch der K. P. D. angehörende Delegierte Hermann-Leipzig, der nicht weniger als alles an den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses und der Taktik der Gewerkschaften herunterrückte. Eine Diskussion über diese Ausführungen wurde nicht beliebt. Pause stellte im Schlußwort einige der hahnebüchensten Behauptungen Hermanns richtig und machte die Mitteilung, daß Hermann dreieinhalb Jahre organisiert sei.

Bender (Vorstand) zeichnete in einem Referat über „Wirtschaftskämpfe und Gewerkschaftstaktik" die volkswirtschaftliche Lage und daneben die ungeheure Warenpreissteigerung in Deutschland, der die Löhne trotz aller Steigerungen nicht voll gefolgt sind. In der Diskussion traten etliche kommunistisch gerichtete Redner dafür ein, mit der Bewegung mehr „aufs Ganze" zu gehen, wenigstens sollte der A. D. G. B. seine „ganze" Macht zur Erfassung der Sachwerte und Demokratisierung der Staatsverwaltungen einsetzen und auch bereit sein, sich an einer aus den sozialistischen Parteien bestehenden Arbeiteregierung zu beteiligen. Im Schlußwort führte Bender den „Gewaltpolitikern" die „Erfolge" gewaltmäßiger „revolutionärer Umgestaltungen am Bilde anderer Länder vor Augen und erntete stürmischen Beifall. Gegen wenige Stimmen wurde eine Resolution des Referenten angenommen, die die Lohn- und Tarifpolitik des Vorstandes billigt, ihm und allen Mitgliedern zur Pflicht macht, beim Abschluß von Tarifverträgen keine Rechte der Arbeiter preiszugeben und keiner Durchbrechung des Achtstundentages zuzustimmen, ferner alle Kräfte für Anpassung der Löhne an die Teuerung und für Demokratisierung des Wirtschaftslebens einzusetzen. Eine zweite angenommene Resolution wendet sich scharf gegen die von der Regierung in letzter Zeit eingehaltene Lohn- und Gehaltspolitik, durch die die höheren Besoldungsgruppen ganz unangebracht bevorzugt, die unteren aber der fortschreitenden Verelendung nicht entrissen werden. Der Verbandstag billigt die protestierende Haltung der Verbandsvertreter, die in Zukunft einem solchen „Ausgleich" durch die Regierung nicht mehr zustimmen wollen. Etliche Anträge wurden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Sie beziehen sich auf Fragen, die bei den Tarif- und Lohnbewegungen berücksichtigt werden sollen, ferner auf gewerkschaftliche Bekämpfung der sog. Neutralen, namentlich der „Komba". In der Stellungnahme zur „Technischen Nothilfe" schloß der Verbandstag sich der durch den Gewerkschaftskongreß ausgesprochenen grundsätzlichen Ablehnung der T. N. an.

Dann hielt Schumann ein sehr wichtiges Referat über den „organisatorischen Neuaufbau des Verbandes". Schumann propagierte den Gedanken der Organisierung der Arbeiter, Angestellten und Beamten in einheitlichen Organisationen mit der alleinigen Spitze im A. D. G. B. Als solche Zusammenfassung für das Verkehrsgewerbe soll der Deutsche Transportarbeiterverband künftig den Namen „Deutscher Verkehrsbund" führen als die gewerkschaftliche Organisation für das in den Transport- und Verkehrsbetrieben bzw. Verwaltungen des Reiches, der Länder, Provinzen, Gemeindeverbände und Gemeinden sowie in den privaten Handels- und Transportabteilungen industrieller Unternehmungen beschäftigte Personal, soweit nicht nach den Satzungen und Beschlüssen des A. D. G. B. oder besonderen Abmachungen andere Organisationen zuständig sind. Es handelt sich nun vor allem darum, den Deutschen Eisenbahnerverband für den Anschluß zu gewinnen.

In der Diskussion legte Bernhardt (Vertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes) eingehend dar, wie der D. E. V. zum Zusammenschluß mit dem Transportarbeiterverband steht. Der D. E. V. sei kein prinzipieller Gegner einer Verschmelzung, aber die Umstellung der Auffassungen, die Ueberwindung der Schwierigkeiten, die in der Natur des Berufs und der Psychologie der Eisenbahner wurzeln und für den Kenner der Dinge auch durchaus erklärbar seien, könne nicht übereilt, nicht mit einem Schlage bewirkt, sondern nur Schritt für Schritt erreicht werden. Soweit Verbandstagsdelegierte zu der Frage sprachen, herrschte, unbeschadet der politischen Richtung, der sie angehörten, über die Frage der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der Schaffung der Einheitsorganisation einheitliche Zustimmung. Die Resolution Schumann, die den Vorstand auffordert, in Zusammenschlußverhandlungen außer mit dem D. E. V. auch mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband einzutreten, wurde einstimmig, unter großem Beifall angenommen, ebenfalls die vom Vorstand vorgeschlagenen Statutenänderungen zur Schaffung und inneren Gliederung des Verkehrsbundes; die in Konsequenz dieses Beschlusses liegenden Anträge auf Aenderung in den Reichsabteilungen, Bezirksverwaltungen usw., ferner die Anträge auf Abänderung der Gaue, dann Anträge, die eine besondere Befassung mit den Post- und Telegraphenbediensteten sowie dem Luftfahrtpersonal anregen, und weiter die Anträge, die einen Zusammenschluß auch mit dem Fabrikarbeiterverband bezwecken, wurden dem Vorstand zur Erledigung überwiesen. Die Bundesbeiträge wurden in sechs Klassen in Höhe von 6, 12, 18, 24, 30, 36 Mark gestaffelt; hinzu kommen Mindestortszuschläge von 1, 2, 3, 4, 5, 6 Mark je Klasse. Die Zuweisung zu den einzelnen Klassen geschieht nach Wochenverdienst: Klasse 1 bis zu 500 Mark; jede weitere Spannung von 500 Mark bildet eine neue Klasse. Uebersteigt der Wochenverdienst 3000 Mark, so steigt für jede weiteren 500 Mark der Höchstbeitrag um 6 Mk., wenn der überschießende Teil des Wochenverdienstes mindestens 100 Mark beträgt. Die Sätze der einzelnen Unterstützungsarten wurden ebenfalls erhöht. Für die im Bund ehrenamtlich tätigen, sowie für die besoldeten Funktionäre wurde, wie das bereits in vielen Verbänden geschehen ist, ein Unterstützungsfonds zur Unterstützung bei Unfall, Invalidität und Alter, sowie für Witwen und Waisen gebildet. Die neuen Beiträge treten am 1. Oktober, die neuen Unterstützungssätze am 1. Januar, die neuen Streik- und Gemaßregeltenunterstützungssätze nach Zahlung von vier erhöhten Wochenbeiträgen voraussichtlich zurückgelegter Karenzzeit in Kraft. Eine Gehaltsregulierung wurde gemäß den Vorschlägen der Statutenberatungskommission beschlossen. Die bisherigen 7 besoldeten Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt, jedoch werden Brummer und Nürnberg-Berlin und Wagner-Hamburg neu hinzugewählt; der bisher aus 10 Personen bestehende unbesoldete Vorstand wurde auf 13 erhöht. Wiedergewählt wurde auch der bisherige Revisions- sowie der Verbandsausschuß. Diese Wahlen erfolgten gegen wenige kommunistische Gegenstimmen.

Gegen eine Anzahl kommunistischer Stimmen wurde eine Entschließung gefaßt, die die zerrüttete, unhaltbare Lage Deutschlands auf die Lasten des Versailler Friedensvertrages zurückführt und das internationale Proletariat ersucht, wie bisher für den wirklichen Frieden, für eine allseitige wesentliche Herabsetzung der Kriegsschulden und die Revision der Reparationsbestimmungen weiter zu wirken. Von der deutschen Regierung wird verlangt, daß sie durch Gesetz oder Verordnungen alle Wuchergelüste unterbindet und die kapitalistischen Konzerne und Syndikate bei ihrer Preisfestsetzung scharf überwacht. Von der deutschen und internationalen Arbeiterschaft erwartet der Verbandstag den festen Zusammenschluß zu einer Proletariermacht, die dem Kapitalismus trotzt und im Laufe der Zeit die kapitalistische Wirtschaftsform in eine sozialistische zu entwickeln imstande ist. Thälmann (Kommunist) ersuchte, diese Entschließung als nicht revolutionär abzulehnen. Sabath (ADGB.) verteidigte wirksam die Politik des ADGB. und kennzeichnete die Ausstreuungen der „Roten Fahne", die, sich selbst getreu, in den letzten Tagen die verlogene Nachricht verbreitet hatte, daß der ADGB. vom Stinnesabkommen mit der französischen Regierung gewußt und dabei mitgewirkt habe.

Mit Abschiedsreden und Dankreden für die ausgezeichneten Darbietungen durch das Programm der Berliner Kollegen schloß die bedeutungsvolle Tagung.

Volksparteiliche Winkelzüge.

Der sogenannte „Mangel an Vertrauen im Auslande" gegenüber der jetzigen Regierung spielt in der Agitation der Volkspartei gegen das bürgerlich-sozialdemokratische Reichskabinett und für die Erweiterung der Koalition nach rechts eine erhebliche Rolle. Besonders wird bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen, daß man gerade in Amerika, auf dessen künftige Anteilnahme an europäischen Angelegenheiten in der Welt großes Gewicht gelegt wird, nicht daran denke, der bürgerlich-sozialdemokratischen Regierung auch nur einen Dollar zu leihen.

Auf die Frage der Koalitionserweiterung nach rechts wollen wir hier nicht eingehen. Aber mit Verlaub, verehrte Volkspartei, wo bleiben die Beweise für die fortgesetzten Behauptungen? So wenig die Partei des Herrn Stresemann Anhaltspunkte für ihre ständigen Aeußerungen hat, so viel Beweismittel gibt es, die Klarheit darüber bringen, daß der sogenannte Haß Amerikas gegen die bürgerlich-sozialdemokratische Regierung Deutschlands in der amerikanischen Presse mit deutschem Gelde gefördert wird und man es sich eine schöne Stange Geld kosten läßt, um die so hervorgerufenen Zeilen über den „Mangel an Vertrauen" nach Deutschland zu kabeln und hier ohne Scheu irgendwelcher Mittel weiterverbreiten zu lassen. Erst vor wenigen Wochen weilte ein maßgebender Amerikaner, Herr Coy, in Berlin. Kein Wort ist aus seinem Munde während seiner Besuche bei maßgebenden deutschen Persönlichkeiten über den „Mangel an Vertrauen" in Amerika gefallen, und soweit wir unterrichtet sind, hat auch der amerikanische Gesandte in Berlin nie daran gedacht, dem Reichskanzler bei den vielen Gelegenheiten, die ihm geboten waren, auch nur ein Wort der Bestätigung für die Behauptungen der Volkspartei zu geben. Wenn man schon Behauptungen aufstellt, verehrte Volkspartei, muß man auch die notwendigen Beweise liefern. Vielleicht ist Herr Wiedfeldt, zurzeit Gesandter des Reiches in Washington, in der Lage, mitzuteilen, was die Volkspartei durch seine Vermittlung tut, um einen „Mangel an Vertrauen" in Amerika hervorzurufen.

Komme was will

wir bleiben unserem Grundsatze treu. Es wird nicht umgezeichnet. Unsere Fabrik prägt den Verkaufspreis unveränderlich fest in die Sohle eines jeden Stiefels.

Schuhfabrik Tack & Cie A.G. Büro b. Magdeb.

Verkaufsstelle Conrad Tack & Cie., G. m. b. H. Wilhelmshaven-Rüstringen, Wilhelmshavener Straße 6, neben Adler

Landesbibliothek Oldenburg

Reichskonferenz der Genossenschafts-angestellten.

Am 4. und 5. September hielten die im Zentralverband der Angestellten organisierten Genossenschaftsangestellten im Volkshaus in Leipzig ihre erste Konferenz ab. Rund 40 Delegierte waren anwesend, darunter 5 weibliche.

Das Vorstandsmitglied Döhnel-Berlin erstattete den Tätigkeitsbericht. Ausgehend von der Unsicherheit der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, schilderte er die schwierige Lage so vieler Konsumgenossenschaften, die nicht ohne Einfluß auf das Arbeitsverhältnis der Genossenschaftsangestellten blieb. Die Lohnbewegungen in den Genossenschaften, die oftmals nur durch Anrufung des Schlichtungsausschusses zu Ende geführt werden konnten, nahmen leider die Haupttätigkeit des Verbandes und seiner Funktionäre in Anspruch. Ganz vereinzelt kam es auch zu Arbeitsniederlegungen, die erfreulicherweise nur von sehr kurzer Dauer waren. Um die Grundlage für einen Reichstarifvertrag zu schaffen, wurde bereits mit der Mehrzahl der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Revisionsverbände für deren Bezirke Bezirksrahmenverträge abgeschlossen. Der Referent wandte sich dann scharf gegen die Konsumvereine, die das Bestreben zeigen, die Unsicherheit der Existenz der Lagerhalter oder Filialleiter dadurch zu vergrößern, daß sie eine feste Mankovergütung verweigerten, die selbst erfahrene Genossenschaftsleitungen, aber auch die Kaufmanns- und ordentlichen Gerichte für notwendig halten. Auch gegen das Bestreben einzelner Genossenschaftsverwaltungen, an Stelle der festen Entlohnung die Entlohnung nach dem Umsatz vorzunehmen, nahm der Berichterstatter Stellung. Dieses Prämiensystem sei geeignet, die Solidarität unter den Genossenschaftsangestellten zu zerstören und ein Anreiz für nicht ganz charakterfeste Genossenschaftsangestellte, den Achtstundentag zu überschreiten. Bei aller Würdigung der schwierigen Lage mancher Konsumgenossenschaften müßten die Genossenschaftsangestellten die Gesetze beachten, die zum Schutze der Angestellten geschaffen wurden. — Die Diskussion ergab, daß die Delegierten mit der Tätigkeit der Reichsfachgruppenleitung, darüber hinaus aber mit der Tätigkeit des gesamten Verbandsvorstandes, die er besonders für eine Verbesserung der sozialen Gesetzgebung entfaltete, vollkommen einverstanden waren.

Hierauf hielt der Sekretär der Reichsfachgruppenleitung, Kollege Lähner, einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Betriebsrätefrage in den Genossenschaften und deren Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen Organisationen. Nachdem der Redner das sogenannte Aufsichtsratsgesetz näher beleuchtet hatte, legte er zum Schlusse dem Kongreß Richtlinien vor, die nach lebhafter Aussprache einstimmig angenommen wurden. — Ueber die Pensionskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine referierte Göschel-Leipzig. Beschlüsse wurden hierzu nicht gefaßt, da es den Delegierten unmöglich war, die Auswirkung der beachtenswerten Vorschläge des Referenten auf Abänderung des Statuts mit mathematischer Sicherheit zu berechnen. — In seinem mit großem Beifall aufgenommenen Schlußworte konnte Kollege Döhnel auf den harmonischen Verlauf der Konferenz hinweisen als einer bemerkenswerten Erscheinung in der heutigen, von Leidenschaften stark durchwühlten Zeit. Er wies auf die bevorstehende Einigung der beiden sozialistischen Parteien hin. Dem gemeinsamen Vorgehen dieser geeinten Partei und den Gewerkschaften müsse es gelingen, an Stelle der heutigen gemeinschädlichen kapitalistischen Wirtschaftsordnung die sozialistische Gemeinwirtschaft zu sehen, deren Keime bereits in der modernen Genossenschaftsbewegung ruhten.

Soziales.

Beamtenschein für Schwerkriegsbeschädigte. Der Reichsarbeitsminister hat durch Erlaß vom 25. Juli 1922 unter Aufhebung der bisher entgegenstehenden Bestimmungen angeordnet, daß der Beamtenschein (vorläufiger Ausweis an Stelle des Beamtenscheins) bei Erfüllung der Voraussetzungen auf Antrag auch solchen Schwerkriegsbeschädigten zu gewähren ist, die auf Grund des Anstellungsscheins nach § 17 des Mannschaftsversorgungsgesetzes von 1906 bereits planmäßig angestellt sind. Bestimmend hierfür waren die Vorschriften der neuen Anstellungsgrundsätze vom 26. Juli 1922; danach können Inhaber eines Beamtenscheines, die trotz Eignung für die Wahrnehmung einer Stelle höherer Besoldungsgruppen, d. h. bis einschließlich Besoldungsgruppe VII, in der Beamtenstelle einer niedrigeren Besoldungsgruppe planmäßig angestellt sind, sich bis zum Ablauf von drei Monaten nach Inkrafttreten der Anstellungsgrundsätze (1. September 1922) auch bei anderen Anstellungsbehörden noch um Stellen höherer Besoldungsgruppen bewerben und vormerken lassen.

Wenn die Konsumgenossenschaften untergingen. Die Konsumgenossenschaften haben seit den Jahren ihres beispiellos großartigen Aufschwungs preisbildend nach unten gewirkt. Sie haben sich im einzelnen und mit ihrer Zentralorganisation der Eigenproduktion auf manchen Gebieten zugewandt und damit der unbeschränkten Herrschaft des Privatkapitals einen Damm entgegengesetzt. So sind sie zu einem wirtschaftlichen Machtfaktor herangewachsen, der in immer stärkerem Maße, aber vergeblich von seinen kapitalistischen Gegnern beneidet und bekämpft worden ist. Nun aber türmen Geldnot und Teuerung die Gefahr, die auch den genossenschaftlichen Unternehmungen droht. Schon haben die Konsumgenossenschaften zum Teil bei teuerstem Waren- und Rohstoffeinkauf und nicht entsprechend hohen Betriebsmitteln von ihrem festen Besitzstande zusetzen müssen. Das darf um des Wohles der organisierten und aller Verbraucher willen nicht weiter gehen. Der Besitzstand der Genossenschaften darf nicht zerbröckeln. Was folgt aus dem etwaigen Untergange der Konsumgenossenschaftsbewegung? Die Verbraucher würden vollends der Ausbeutung des dollarkräftigen Privathandels überantwortet werden, beutehungrige Kapitalbesitzer, verdienstgierige Schieberexistenzen würden ganz und gar das Feld der Bedarfsversorgung beherrschen. Wehe den Konsumenten, selbst in einer etwa kommenden allgemein wirtschaftlich besseren Zeit, wenn dann dem Ausbeutertum auf dem Wochenmarkt ohne die Hemmungen und Widerstände durch die konsumgenossenschaftlichen Organisationen das freventliche Spiel reiner Preiswillkür erlaubt wäre. Die Bewucherung würde grenzenlos. Darum muß jetzt Widerstand geleistet werden. Darum sollen und müssen die Konsumgenossenschaften leben und segenbringend für die Zukunft sein. Die Erkenntnis schafft sich Bahn, daß zur Rettung der Konsumgenossenschaftsbewegung alle erforderlichen Maßnahmen mit höchster Kraftanstrengung durchgeführt werden müssen. Was meist gar zu lange verabsäumt worden ist, muß nun zunächst geschehen. Die Mitglieder der Konsumvereine müssen, da es jetzt noch möglich und noch nicht zu spät ist, allenthalben sofort ihre Geschäftsanteile mindestens bis zur Höhe des Wochenlohnes eines gelernten Arbeiters heraufsetzen.

Weiche mit **Henko** die Wäsche ein!

Henko Henkel's Wasch- und Bleich-Soda, zum Einweichen der Wäsche und für den Hausputz. Alleinige Hersteller: Henkel & Cie., Düsseldorf.

Was ist Der rote Handschuh?

Rüstringen.

Die **Rechnung der Stadt Rüstringen** für das Rechnungsjahr 1. April 1921/22 liegt vom 14. d. Mts. bis zum 27. d. Mts. einschließlich im Rathause Bismarckstraße 156 (Zimmer 15) zur Einsicht der Beteiligten und Einbringung etwaiger Bemerkungen öffentlich aus.

Rüstringen, den 12. September 1922. [3824

Stadtmagistrat. Kollner.

Die Jagd

auf den städtischen Ländereien in **Fedderwarden** wird Freitag, 15. d. M., nachmittags 6 Uhr, in Euckens Wirtschaft, Kirchreihe, öffentlich meistbietend verpachtet. [3823

Stadtmagistrat Rüstringen.

Wilhelmshaven.

Herbstkartoffelbeschaffung.

Anmeldungen zu den unterm 4. d. M. bekannt gegebenen Bedingungen werden von den nachbezeichneten Händlern noch bis Ende dieser Woche entgegengenommen.

Da mit der Ausrodung der Winterkartoffeln allgemein erst nach dem 15. September begonnen wird, so steht Anlieferung gegen Ende dieses Monats zu erwarten. [3820

Anmeldungen nehmen entgegen:

Athen, Roonstr. 29, Baumann, Peterstr. 8, Aug. Behrens, Bismarckstr. 46, Evers, Viktoriastr. 16, Geppert, Hollmannstr. 33, Gondloch, Roonstr. 80, Hauschild, Bismarckstraße 61, Krühmann, Alte Straße 16, Lüttich, Willi, Börsenstr. 27, Geschw. Lüttich, Roonstr. 35, Meyer, Oldenburger Str. 13, Murkiwicz, Bismarckstraße 134, Müllers Markthallen, H. Offermann, Wilhelmstr. 9, Pottbacker, Bismarckstraße 115, Schick, Königstr. 18, Schirmacher, Bismarckstr. 56, Sorgenfrei, Kaiserstr. 73, Bosh, Kurze Straße 17, Willms, Marktstraße 38, Zaage, Mitzer Weg.

Wilhelmshaven, den 12. September 1922.

Städtisches Lebensmittelamt.

Wo ist Der rote Handschuh?

Herbst-Kartoffeln!!

Nicht allein Preis sollte beim Einkauf von Kartoffeln maßgebend sein, **sondern vor allem Qualität!**

Ich liefere z. Z. gesunde Speise-Kartoffeln, wie Kaiserkrone, Maikönigin und andere weiße Sorten zum Einheitspreise von 400.00 Mark pr. Zentner

ab Lager Brunnenstr. 3. Rote Sorten nach Eintreffen in den nächsten Tagen billiger. Bei Waggonbezügen Preisermäßigung.

Folkert Wilken, Brunnenstr. 3

Telephon 634. Telephon 634.

Winter-Kartoffeln

Bestellungen auf Winterkartoffeln nehme ich noch bis auf weiteres entgegen. Wie bekannt, liefere ich nur einwandfreie, haltbare Ware und können Proben vorher von meinem Lager geholt werden. [3821

B. Pottbacker

Bismarckstraße 117. Telephon 653.

Viel Geld

erhalten Sie jetzt durch den Verkauf Ihrer Gegenstände aus

Platin, Gold, Silber Doublé. [3810

Sie finden fachmännische Beratung und kursentsprechende Bezahlung durch den Fachmann

Walther Claus

Wilhelmshavener Straße 55

Es werden eingestellt:

1 Elektriker, auch für Schlosserarbeiten.
Lokomotiv-, Werkzeug-, Autoschlosser.
1 Kesselschmied, 1 Hobler.

Nur ältere erfahrene Leute wollen sich melden.

Rüstringer Maschinenfabrik Heidmühle. (3814

Sämtl. Drucksachen liefern Paul Hug & Co.

Schauspielhaus
(früher Adler-Theater)
Mittwoch letzte Aufführung:
Kameraden
Donnerstag bis Sonntag:
Gastsp. Felix Kroll
Pension Schöller
Schwank v. Laufs.

Neues Operetten-Theater
Neuer Operetten-Schlager:
Schäm' dich Lotte!

Forderungen
ausgeklagte u. unausgeklagte werden energ. eingetrieb. **Löchl, Kurze** Straße 11. Telephon 572.

Kaufe
Eisen, Blei, Zink, Lumpen, Flaschen u. sonstige Rohprodukte
zu höchsten Preisen.
Kramer, Grenzstr. 57.

Einzelne Möbel
sowie ganze Hausstände kaufen laufend
Carstens & Brecht
Müller-, Ecke Ulmenstr.
Telephon 2150.

Preisliste für Schuhmacherarbeiten.

	Sohlen u. Absätze		Absätze allein
Herrenstiefel	Mk. 860.—	bis 920.—	Mk. 212.—
Damenstiefel	Mk. 630.—	bis 710.—	Mk. 165.—
36 bis 36	Mk. 710.—	bis 800.—	Mk. 185.—
31 bis 35	Mk. 620.—	bis 680.—	Mk. 165.—
27 bis 30	Mk. 450.—	bis 500.—	Mk. 125.—
21 bis 26	Mk. 340.—	bis 390.—	Mk. 100.—

Neue Herrenstiefel Mk. 6500.—
3812) Neue Damenstiefel Mk. 5400.—

Schuhmacher-Innungs-Verbände Oldenburg-Ostfriesland.

Erdbeer-Pflanzen

allerbeste, in vielen Sorten, 100 Stück 50 Mk., 1000 Stück 400 Mk. Verpackung bitte mitbringen. **O. Popken,** Erdbeer-Großpflanzung, **Zetel-Bohlenbergerfeld,** Fernspr. Amt Neuenburg 208

Wieder vorrätig:

Kommentar zum Reichsmietengesetz

von Ministerialrat Hans Krüger.

Zweite, unter Berücksichtigung der wichtigsten landesrechtlichen Ausführungsvorschriften neubearbeitete Auflage!

Mit Anhang: **Oldenburgische Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz.**

Preis Mk. 68.00

Buchdruckerei und Verlag

Paul Hug & Co.

Rüstringen, Peterstraße 76

Gold-, Platin-Silberbruch
kaufen höchstzahlend
Janßen & Thymm
Uhrmacher, Goldschmied
Rüstringen, Börsenstr. 59

Fr. Wohn. geg. gr. Fr. zu tausch. gs. Off. R 3825 erb.

5 fl. Läuferschweine, 4 m lg. Tresen, 2gr. Kessel z. verk. Werftstr. 8, part.

Klubzimmer
u. guter Mittagstisch
bestens empfohlen.
Frerichs,
Schiller-Mellumstr.-Ecke

Der rote Handschuh ist der größte sechsteilige amerikanische Abenteurerfilm.

Neue Zither- und Gitarre-Vereinigung

zur Pflege kunstgemässer Haus- und Kammermusik.

Donnerstag, d. 14. Septembr. 1922

abends 8 Uhr, im Saale der Gewerbeschule, Roonstraße:

IV. Konzert

Ausführende:
Zither- und Streichmelodion-Künstler **Richard Grünwald** aus Budapest-Honnef am Rhein, unter Mitwirkung seines 11jährigen Töchterchens **Lili Grünwald,** Zither-Virtuosin.

Eintrittskarten Mk. 30, 25, 20, 15 einschließl. Steuer im Musikhaus Fischer, Viktoriastr., u. Paulus, Marktstr. [3767

Wein- und Sektflaschen

Kognak- und Literflaschen, **Stück 15.00 Mark,** sowie brauchbare Weinkisten kauft

Carl Wille, Oldenburg i. O.

Kaiserstraße 13 [3817] Telephon 2

Mark 2500.—

für Mauserpistolen 7,63 u. alle anderen Armeepistolen kauft z. den höchst. Preisen

W. LEMM

Büchsenmacher [3816

Oldenburg i. O., Burgstraße 30.

Der rote Handschuh ab Freitag in den Colosseum- und Apollo-Lichtspielen.

Landesbibliothek Oldenburg

Nr. 214
36. Jahrgang

Beilage.

Mittwoch,
den 13. September 1922

Oldenburg und Ostfriesland.

Der Arbeitsmarkt in den Jadestädten.

Der Bericht des öffentlichen Arbeitsnachweises für Rüstringen-Wilhelmshaven über die Lage des Arbeitsmarktes im August 1922 ergibt: Die im ganzen günstige Lage dauerte an. Umfangreiche Arbeitslosigkeit war nicht vorhanden. Die Erwerbslosenunterstützung brauchte nur in wenigen Fällen gezahlt werden. Vermittelt wurde flott. Umfangreiche Einstellungen wurden von einer Abwrackwerft vorgenommen. Desgleichen zeigte sich die Marinewerft aufnahmefähig. Der angeforderte Bedarf konnte bis auf verschiedene Fachkräfte restlos aus den vorgemerkten Arbeitsgesuchen gedeckt werden. Der planlose Zuzug von außerhalb wird ständig größer und ist unerwünscht. Die Zugereisten finden hier in seltenen Fällen Arbeit und machen sich unnötige Kosten. Streiks kamen nicht vor. Von einem Fabrikbetriebe wurden infolge Absatzstockung 25 Arbeiterinnen entlassen.

Am 1. August standen 122 männlichen Arbeitsgesuchen 35 offene Stellen gegenüber; am 15. 8. 198 Arbeitsgesuchen 16 offene Stellen, am 31. 8. 163 Arbeitsgesuchen 32 offene Stellen. Im Laufe des Monats wurden (die in Klammern gesetzten Zahlen sind weibliche) 1215 + (502) = 1717 offene Stellen angemeldet. An Arbeitsgesuchen gingen ein 1394 + (674) = 2068. Besetzt wurden 1155 + (269) = 1424 Arbeitsstellen.

Der benachbarten Landwirtschaft konnten einige Mädchen vermittelt werden.

In der Metallindustrie kamen 236 offene Stellen zur Meldung, davon 210 zur Besetzung. Arbeitsgesuche gingen 272 ein. Bedarf ist vorhanden an Kupferschmieden.

In der Holzindustrie war die Lage ruhig. Angebot und Nachfrage glichen sich aus. Vermittelt wurden 20 Tischler.

Einige Bäcker und Schlachter waren stets arbeitsuchend vorgemerkt.

Im Bekleidungsgewerbe glichen sich Angebot und Nachfrage aus. Der Verkehr war ruhig. Mit der Wiederaufnahme der Arbeiten im früheren Marinebekleidungsamt ist vorerst noch nicht zu rechnen. Schneiderinnen des früheren Bekleidungsamtes haben sich sehr zahlreich zwecks Wiedereinstellung vormerken lassen. Es bleibt ihnen einstweilen nichts anderes übrig, als sich weiter abwartend zu verhalten.

Im Baugewerbe waren die Fachkräfte gut beschäftigt. Die Nachfrage war zu befriedigen. Maler blieben seit Mitte des Monats einige Stellen los. 53 Vermittlungen von Bauhandwerkern wurden getätigt.

Verkäufer und Bureauangestellte waren stets eine Anzahl stellensuchend vorgemerkt. Vermittlungen kamen nur vereinzelt zustande.

Im Gastwirtsgewerbe wurden 155 Kellneraushilfen vergeben. Weibliches Saisonpersonal meldet sich aus den Badeorten schon zahlreich zurück.

In der Berufsgruppe „Sonstige Lohnarbeit und häusliche Dienste" war der Verkehr lebhaft. Lohnarbeiter waren schwankend 60—120 arbeitsuchend vorgemerkt. Vermittelt wurden 373 Lohnarbeiter, davon 105 für Gelegenheitsarbeiter. Weibliches Hauspersonal, besonders Morgenmädchen, wurden stark gesucht. 226 Stellen konnten besetzt werden. Ständige Arbeit für Arbeiterinnen und Arbeitsfrauen bietet sich viel zu wenig.

Der Facharbeitsnachweis für Musiker besetzte 297 Aushilfen.

Das Belegen von Plätzen auf der Eisenbahn.

Das Reichsverkehrsministerium teilt über das Belegen von Plätzen in der 4. Wagenklasse folgendes mit: Vielfach herrscht Unklarheit über das Einnehmen von Plätzen in den Wagen 4. Klasse. Wenn auch in den nur mit Bänken für einen Teil des reisenden Publikums versehenen Wagen 4. Klasse Plätze nicht belegt werden dürfen, so erwerben doch Reisende, die bei der Abfahrt des Zuges bereits einen Platz eingenommen haben, Anspruch darauf, daß ihnen der Platz bis zur Beendigung der Reise verbleibt. Andere Reisende sind zum Einnehmen des Platzes, auch wenn der Inhaber ihn nur vorübergehend verläßt, nicht berechtigt.

Die Gültigkeit der Fahrkarten auf den deutschen Eisenbahnen wird wegen der Preiserhöhung für die Zeit vom 28. bis 30. September dahin beschränkt, daß die Reise am ersten Tage der Geltungsdauer angetreten werden muß. Mit Fahrkarten für den 28. und 29. September kann jedoch die Reise bis zum 30. September angetreten werden. Für Oktober werden im September Fahrkarten nicht ausgegeben.

Die kommunale Verwaltungsreform.

Dem preußischen Staatsrat ist eine vom Minister des Innern unterzeichnete Uebersicht über die kommunale Verwaltungsreform in Preußen zugegangen. Die Denkschrift lehnt die Forderung auf Beseitigung des Dualismus in der Provinzialinstanz, der in der Zuständigkeit von Oberpräsidium und Bezirksregierung auf den gleichen Gebieten besteht, ab. Ebenso wird auch die Kommunalisierung der Landräte abgelehnt. In den gemeinsamen Grundzügen für die neuen Gemeindeverfassungsgesetze hält die Denkschrift für die Provinz eine Abgrenzung der Befugnisse nicht für erforderlich. Durch die Bildung von Landbürgermeistereien soll dagegen in den Landkreisen ein festerer Zusammenschluß erreicht werden.

Die Händler kaufen den Torf auf.

Die Torfpreise, die in den Jadestädten am Kanal gefordert werden, sind in den letzten Tagen bedeutend in die Höhe gegangen. So werden jetzt durchgehend 180 Mark für den Zentner gefordert. Eine Ausnahme machte nur ein Schiffer, der noch 160 Mark verlangte. Das Schlimmste aber ist, daß die vielen Torfverbraucher, die sich den Torf in kleinen Mengen holen, einfach keinen bekommen können, selbst wenn sie stundenlang warten. So wird uns von Augenzeugen berichtet, daß die Händler den Torf fuderweise abholen und die anderen Leute leer ausgehen. Man kann es den Torfschiffern nachfühlen, wenn sie es gern sehen, daß sie ihre Ladung bald löschen. Andererseits aber wird der Torf dadurch, daß ihn die Händler aufkaufen, erst wieder verteuert. Sollte sich denn wirklich keine Möglichkeit finden lassen, den Kleinverbrauchern den Torf nicht immer erst dann zuzuführen, wenn er durch so und so viele Hände gegangen?

Lohnt sich die Benutzung der Straßenbahn?

Uns wird geschrieben: Die Wahl zwischen verschiedenen zur Verfügung stehenden Verkehrsmitteln ist für den Benutzer im allgemeinen sehr einfach. Eine ausschlaggebende Rolle bei der Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsmittel für ihren Benutzer werden im allgemeinen die Preiswürdigkeit und die Geschwindigkeit der Beförderung spielen. Nicht so einfach liegt die Feststellung der Vorteile, welche die Benutzung eines Beförderungsmittels gegenüber dem Fußmarsch hat. Dieser Vergleich soll daher im folgenden für Straßenbahn und Fußgänger durchgeführt werden.

Gegenüber dem Fußmarsch bietet die Benutzung der Straßenbahn folgende Vorteile: 1. Zeitgewinn, 2. Bequemlichkeit, die sich in einer Ersparnis an Energie ausdrücken und bewerten läßt, sowie 3. Ersparnis an Schuhwerk. Unter gewissen Voraussetzungen spielt Zeitgewinn und Bequemlichkeit keine oder keine ausschlaggebende Rolle. Im folgenden soll die Berechnung jedoch vollständig durchgeführt werden.

Während der Fußgänger für das Zurücklegen von 1 Kilometer etwa 10 bis 12 Minuten rechnen muß, braucht die Straßenbahn nur 4 bis 5 Minuten. Der Zeitgewinn für jedes auf der Straßenbahn zurückgelegte Kilometer beträgt demnach rund 7 Minuten. Bei einem Stundenlohnsatz von 80 Mark würde die Zeitersparnis einen Wert von 9,0 M./Km. darstellen.

Der Kraftaufwand für einen Fußmarsch von 1 Kilometer für wagerechte Strecken entspricht 44 großen Kalorien und weiteren 3 großen Kalorien für jede 5 ‰ Steigung. Im Durchschnitt kann man für deutsche Verhältnisse im ganzen mit rund 50 großen Kalorien rechnen, zu deren Ersetzung 6,0 Gr. Fett gehören. Wenn man das Gramm Fett mit 0,20 Mark bewertet, so entspricht dem Kraftaufwand ein Gegenwert von 6 . 0,2 = 1,20 M./Km.

Der Bedarf an Schuhwerk für 1 Kilometer Fußmarsch ist abhängig von der Befestigungsart der zu begehenden Wege, von der Art des Schuhwerks, von Gewohnheiten des Fußgängers und dergleichen. Im Durchschnitt kann man damit rechnen, daß ein Paar Stiefel mit einmaliger Ersatzbesohlung für das Zurücklegen von 2400 Kilometer reichen. Ein Paar Stiefel mit einem Paar Ersatzsohlen kosten zurzeit rund 1200 Mark. Für das Zurücklegen eines Kilometers sind demnach $\frac{1200}{2400}$ = 0,5 M./Km. zu rechnen.

Insgesamt würde sich demnach zu Anfang August 1922 eine Ersparnis von 3,0 + 1,2 + 0,5 = 4,7 M./Km. ergeben. Die im Durchschnitt von einem Fahrgast zurückgelegte Entfernung beträgt in Großstädten etwa 4,0 Kilometer und sinkt in kleineren Städten auf etwa 3,0 Kilometer. Hiernach würden sich für die Durchschnittsentfernungen Beträge von 18,8 oder 14,1 Mark für die Straßenbahnfahrt ergeben. Diesem Werte steht das Fahrgeld in Höhe von durchschnittlich 5 Mark gegenüber. Die Benutzung der Straßenbahn ist daher jetzt ein lohnenderes Geschäft geworden als in der Zeit vor dem Kriege, weil die Ersparnisse bedeutend mehr gestiegen sind als der Beförderungspreis der Straßenbahnen. Unter den heutigen Verhältnissen würde sie sich unter Berücksichtigung der drei erwähnten Größen sogar auf eine Entfernung von nur etwa über 1 Kilometer lohnen.

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Rüstringen, 13. September.

Das Gesetzblatt für den Freistaat Oldenburg, XLI. Band, 148. Stück, enthält: Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 9. August 1922 über die Abänderung der Ministerialbekanntmachung vom 15. Dezember 1898, betreffend die Regelung des Schiffsverkehrs auf den Staats- und öffentlichen Genossenschaftskanälen. — Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 7. September 1922, betreffend Aenderung der Bekanntmachung vom 11. Juli 1896, betreffend Vorschriften über die Abgabe stark wirkender Arzneimittel, sowie die Beschaffung und Bezeichnung der Arzneigläser und Standgefäße in den Apotheken.

Keine Bekanntgabe der Butterpreise. Ueber die am Freitag in Bremen abgehaltene Butterversteigerung wurde der Presse keine Mitteilung gegeben. Wie mitgeteilt wird, sollen die auf den Butterversteigerungen erzielten Preise fernerhin nicht mehr veröffentlicht werden. — Dann werden wir bald von Butterpreisen hören, die die jetzigen weit hinter sich lassen. Bisher gaben die veröffentlichten Auktionspreise wenigstens noch einen Anhalt für den Verbraucher.

Kündigungsschutz für Schwerbeschädigte. Die gesetzlichen Vorschriften, wonach einem Schwerkriegsbeschädigten nur mit Zustimmung der Hauptfürsorgestelle rechtswirksam gekündigt werden kann, sind erneut bis zum 1. Januar 1923 verlängert worden. Bis dahin wird voraussichtlich das neue Schwerbeschädigtengesetz, welches das gegenwärtig geltende Gesetz vom 6. 4. 1920 in wesentlichen Punkten ändert, in Kraft getreten sein. Der Entwurf des neuen Gesetzes ist bereits fertig gestellt und wird den gesetzgebenden Körperschaften alsbald nach den Parlamentsferien zugehen.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle. Das statistische Reichsamt gibt folgende Statistik heraus: Es hat danach betragen im Deutschen Reiche (ohne Württemberg, Mecklenburg und das preußische Saargebiet) die Zahl der Eheschließungen 686 541, der Lebendgeborenen 1 476 251, der Totgeborenen 48 202, der Gestorbenen (ohne Totgeborene) 815 123. Für das Oldenburger Land stellen sich die Zahlen wie folgt: Eheschließungen 6310, Lebendgeborene 14 324, Totgeborene 390, Gestorbene (ohne Totgeborene) 6301. Die Geburtenziffer für 1921 ist um 8,4 v. H. geringer, als die des Jahres 1913, während die des Jahres 1920 um 6,0 v. H. geringer war. Dem Rückgang der Geburtenzahl parallel geht erfreulicherweise wie vor dem Kriege ein fast ebenso starker Rückgang der Sterbefälle, denn während im Jahre 1913 auf je 1000 Einwohner des Deutschen Reiches 15,8 Sterbefälle kamen, kommen im Jahre 1921 auf die gleiche Zahl nur 14,8 Sterbefälle. Von den deutschen Ländern weisen wie gewöhnlich Oberschlesien und Niederschlesien verhältnismäßig hohe Sterbeziffern auf, 19 bis 20 auf 1000 Einwohner. Die geringste Sterblichkeit haben Oldenburg und die Provinz Schleswig-Holstein, 12 auf 1000 Einwohner. Auch hier zeigt sich also wieder, daß in Oldenburg verhältnismäßig günstige Zustände herrschen.

Fortbildungsschulsache. Das Ministerium hat neue Grundsätze für die Bemessung von Zuschüssen zu den Kosten der Fortbildungsschulen, jetzt Berufsschulen genannt, bekannt gegeben. Es bleibt im allgemeinen bei einem Zuschuß von 50 Prozent aus der Landeskasse. Neu ist die Bestimmung, daß bei der Zuschußberechnung angenommen wird, daß jeder Schüler der gewerblichen Schule 100 Mark, der kaufmännischen Schule 200 Mark Schulgeld zahlt. Es ist nun Sache der Gemeinde, ob sie das Schulgeld in dieser Höhe festsetzen will. Im anderen Falle hat die Gemeindekasse den Unterschied zwischen dem tatsächlichen und dem vom Ministerium angenommenen Schulgeld zu tragen.

Weibliche Arbeitsvermittlung. Der Arbeitsnachweis beklagt sich, daß ihm nach Besetzung der angemeldeten offenen Stellen besonders für Mädchen unpünktlich oder überhaupt keine Nachricht gegeben wird. Das hat unnötige Laufereien seitens der Stellensuchenden und unliebsame Beschwerden, die sich meistens unberechtigterweise gegen den Arbeitsnachweis wenden, zur Folge. Um diesen Mißständen vorzubeugen und eine ordnungsmäßige Führung der Geschäfte zu ermöglichen, sollen in Zukunft bei Anmeldung der offenen Stellen für Mädchen 20 Mark als Pfand hinterlegt werden. Der Betrag wird voll zurückgezahlt, wenn nach Erledigung des Auftrages der Arbeitsnachweis ordnungsmäßig in der gegebenen Frist benachrichtigt wird. Die Vermittlung ist nach wie vor gebührenfrei. Die erstmalige Anmeldung einer offenen Mädchenstelle erfolgt zweckmäßig nicht mehr telephonisch, sondern persönlich oder durch Beauftragte im Bureau des Arbeitsnachweisamtes, Peterstraße 55. Von den Mädchen ist, soweit Stellungszuweisungen erfolgen, statt bisher 3 Mark, in Zukunft 5 Mark Pfand oder die Quittungskarte so lange zu hinterlegen, bis die Benachrichtigung des Arbeitsnachweises über Annahme einer Stelle oder Zurückziehung des Arbeitsgesuches erfolgt.

Die Glücksritter.

Erzählung von Josef von Eichendorff.

2)

Als er mit der Lampe fertig war, reckte er sich zufrieden, daß ihm alle Glieder knackten. „Ach," sagte er, „solche Motion tut not, wenn man so den ganzen Tag über den Büchern hockt." — Der Bursch sah sich überall um, aber es war kein Buch zu sehen. Darauf wandte der Student sich zu ihm: „Aber Fuchs, bist du denn des Teufels," sagte er, „gleich zwischen Spießen und Stangen hier ins Haus zu brechen!" — „Zerbrochen?" entgegnete der Bursch, erschrocken nach seinem Schubsack greifend, „nein, da ist die ganze Bescherung."

Mit diesen Worten brachte er Flasche und Torte aus den Taschen hervor. Als der Student das sah, fragte er nicht weiter nach dem Herkommen, sondern verbiß sich, obgleich es fast über Mitternacht war, sogleich mit so erstaunlichem Appetit in die Felsentorte, daß ihm die Trümmer über den Bart herabkollerten. „Wie heißt du denn," fragte er dazwischen. — Der Bursch, ohne sich lange zu bedenken, erwiderte: „Klarinett." — „Hm, ein guter Klang," meinte der Student. Dann griff er nach dem Wein, und da kein Glas da war, trank er ihm aus der Flasche zu: „Daß dich der Donner erschlag', Klarinett, wenn du nicht ein ordentlicher Kerl wirst! Ueberhaupt," fuhr er, sich den Bart wischend, fort, „wenn du studieren willst, da mußt du die Bücher in die Nase — wollt' sagen die Nase in die Bücher stecken und Cajo, Cujacio und allen den schweinsledernen Kerls auf den Leib gehen, und wenn sie noch so dick wären!"

„Aber," fiel ihm hier der Bursch ins Wort, „ich bin ja gar kein Student, sondern eigentlich ein wandernder Musikus."

„Was, ein Musikant?" rief der Student, „was spielst du?" — „Das Klarinett." — „Oho," sagte er, „du pfeifst also deinem eigenen Namen wie der Kuckuck." Hier ging er, wie in reiflicher Ueberlegung, mit langen Schritten ein paarmal im Zimmer auf und nieder, dann blieb er plötzlich vor dem Burschen stehen und vertraute ihm, wie er eine große, heimliche Lieb' gehabt hätte seit langer Zeit zu einer vornehmen Dame hier im Ort; er wüßte aber nicht, wie sie hieße, sondern ginge nur zuweilen an ihrem Hause vorüber, wo sie mit ihrem dicken Kopfzeug wie eine prächtige Hortensie am Fenster säße, aber so oft er unter die Fenster käme, hörte er bloß ein angenehmes Flüstern droben, und sähe nichts als weiße Arme flimmern und Augen funkeln durch die Blumen.

Der Bursch versetzte darauf, er sollte sich nur etwas besser herausputzen bei solchen Gelegenheiten. — Der Student sah an sich herunter, schüttelte den Kopf und schien ganz zufrieden mit seinem Aufzuge. Dann sagte er, er hätte schon lange die Intention gehabt, vor ihren Fenstern eine Serenade aufzuführen, aber seine Kommilitonen könnte er dazu nicht brauchen, die würden ihn auszustechen suchen bei ihr; nun aber wolle er ihr morgen abend das Ständchen bringen, da solle der Bursch mit blasen helfen.

Dieser war damit zufrieden, und nun sollte auch sogleich die Serenade eingeübt werden. Der Student nahm voller Eifer ein Waldhorn von der Wand, staubte es erst sorgfältig ab, setzte ein wackeliges Notenpult unter Zorn und Fluchen, weil es nicht feststehen wollte, mitten in der Stube zurecht, legte die Notenbücher darauf, und beide stellten sich nun einander gegenüber und fingen mit großer Anstrengung ein sehr künstliches Stück zu blasen an. Darüber aber war bei der nächtlichen Stille nach und nach die ganze Nachbarschaft in Aufruhr geraten. Ein Hund fing im Hofe zu heulen an, darauf tat sich erst bescheiden ein Fenster gegenüber auf, dann wieder eins, und endlich unaufhaltsam immer mehrere vom Keller bis zum Dach, und dicke und dünne Stimmen durcheinander, alles schimpfte und zankte auf die unverhoffte Nachtmusik. Zuletzt wurde es doch dem Studenten zu toll; er warf voller Wut das Horn weg, ergriff ein altes, verrostetes Pistol vom Tisch und drohte zum offenen Fenster hinaus, den Zipfel von jeder Schlafmütze herabzuschießen, die sich ferner am Fenster blicken ließe. Da duckten auf einmal alle Mausköpfe unter, und es wurde wieder stille draußen, nur der Hund bellte noch ein Weilchen den Mond an, der prächtig über die alten Dächer schien.

Der Student aber, sich den Schweiß von der Stirn wischend, streckte sich nun ganz ermüdet der Länge nach auf das zerrissene Sofa hin. Klarinett sollte sich's auch kommode machen, aber es war nur ein einziger Stuhl in der Stube, und als er ihn angriff, ging die Lehne auseinander. Da wies der Student auf einen leeren Koffer neben dem Kanapee, dann verlangte er gähnend, Klarinett sollte ihm seinen Lebenslauf erzählen, damit er ihm danach gute Ratschläge für sein weiteres Fortkommen erteilen könnte.

Der Bursch schoß einen seltsamen, scharfen Blick herüber, als wollt' er erst prüfen, wieviel er hier vertrauen dürfte, dann rückte er sich auf seinem Koffer zurecht und begann nach kurzem Besinnen:

„Ich weiß nicht, ob mein Vater ein Müller war, aber er wohnte in einer verfallenen Waldmühle, da rauschten die Wasser lustig genug, aber das Rad war zerbrochen und das Dach voller Lücken, in den klaren Winternächten sahen oft die Wölfe durch die Löcher ins Haus hinein."

„Was lachst du denn?" unterbrach ihn hier der Student. — „Wahrhaftig," erwiderte der Bursch, „Ihr gemahnt mich heut ganz an meinen seligen Vater, wie ihn mir die Mutter einmal beschrieben hat." — „Was geht mich dein seliger Vater an?" meinte der Student.

Aber der Bursch fuhr von neuem lachend fort: „Es war nämlich gerade den Abend nach einer Schlacht, man hatte den ganzen Tag in der Ferne schießen hören, da ging mein seliger Vater eilig ins Feld hinaus, denn die Mühle lag seitwärts im Grunde tief verschneit; so war der Krieg darüber weggegangen. Draußen aber hatte er mancherlei Plunder im Schnee verstreut, zerhauene Wämser, Fahnen, Pickelhauben und Waffen; mein Vater konnt' alles gebrauchen; er fuhr sogleich in ein Paar ungeheure Reiterstiefel hinein, zog hastig Pappenheimsche Kürasse, schwedische Koller und Kroatenmäntel an, eins über das andere, dabei war er in der Geschwindigkeit mit beiden Armen in ein Paar spanische Pluderhosen geraten, der Wind blies den Kroatenmantel im Freien weit auf, je mehr er zuckte und rückte, je verwickelter wurde die Konfusion von Schlitzen, Falten, flatternden Zipfeln und Quasten, und als nun meine Mutter, die eben guter Hoffnung war, ihn so hopselnd und fluchend mit ausgespreizten Armen wie einen fliegenden Wegweiser daherstreichen sah, mußte sie so darüber lachen, daß sie plötzlich meiner genas. Und in demselben Augenblick, wie ich zur Welt kam, ging draußen klingendes Spiel durch die stille Luft; die Kaiserlichen bliesen noch im Fortziehen Viktoria weit auf den Bergen, daß es lustig über den Schnee herüberklang, wenn Vater meinte, das wäre ein gutes Zeichen, ich würde ein glücklicher Soldat werden. Ich selbst aber weiß mich von allem dem nur noch dunkel so viel zu erinnern, daß ich so recht still und warm in der wohlgeheizten Stube in meinem Kissen lag und verwundert die spielenden Ringe und Figuren betrachtete, welche die Nachtlampe an der Stubendecke abbildete. Das zahme Rotkehlchen war von dem ungewohnten Licht und Nachtumwar aufgewacht, schüttelte die Federn, wie wenn es auch sein Bettlein machen wollte, setzte sich dann neugierig auf die Beilade vor mir und sang ganz leise, als wollt' es mir zum Geburtstag gratulieren. Meine Mutter aber neigte sich mit ihrem schönen, bleichen Gesicht und den großen Augen freundlich über mich, daß ihre Locken mich ganz umgaben, zwischen denen ich draußen die Sterne und den stillen Schnee durchs kleine Fenster hereinfunkeln sah. Seitdem, so oft ich eine klare, weitgesternte Winternacht sehe, bin ich immer wie neugeboren." —

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

Betriebsrätegesetz und Lehrer. Das Staatsministerium hat auf Grund der Ausführungsbestimmungen zum Betriebsrätegesetz bestimmt, daß widerruflich angestellte oder vertragsweise angenommene Lehrer und Lehrerinnen an Volksschulen nicht als Arbeitnehmer im Sinne des Betriebsrätegesetzes anzusehen sind.

Verringerung der Beamtenzahl. Der Abbau des Beamtenkörpers bei der Eisenbahn und Post schreitet fort. Die Reichsregierung hat jetzt angeordnet, daß diese beiden Verkehrsinstitute zwecks Verminderung ihres Beamtenstandes weitere 14 000 planmäßige Beamte abzugehen haben, und zwar an die Reichsfinanzverwaltung, wo großer Personalmangel herrscht. Die Oberpostdirektion und Reichsbahndirektion Oldenburg sollen Beamte namentlich an das Landesfinanzamt Oldenburg abgeben, das großen Personalmangel hat. Vorgesehen ist die Ueberführung von etwa 90 Beamten aus dem Post- und Eisenbahndienst in den Dienst des Landesfinanzamtes Oldenburg. Der größte Teil ist für die Verwaltung der Besitz- und Verkehrssteuern, der kleinere Teil für die Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern bestimmt. Diejenige Eisenbahn- und Postbeamten, die den Wunsch haben, überzutreten, müssen sich umgehend melden. Wenn sich wider Erwarten nicht genügend Beamte zum Uebertritt melden, ist vorgesehen, den § 23 des Reichsbeamtengesetzes anzuwenden. Dieser sieht bekanntlich vor, daß Versetzungen in ein anderes Amt zwangsweise vorgenommen werden können.

Wilhelmshaven, 13. September.

Der neue Taler. Ach ja, Taler gibt es ja schon lange nicht mehr, und sein noch silberner Ersatz, das Dreimarkstück, ist auch längst aus dem Umlauf verschwunden. An Münzen hat die jüngste Generation nur noch die eisernen Nickel und die 50-Pfennig-Stücke aus Aluminium kennengelernt. Früher gab es Gold- und Silber-, Nickel- und Kupfermünzen. Aber jetzt leben wir im eisernen und Aluminiumzeitalter. Dies leichte, schwebende Metall, das für die Luftfahrt so große Bedeutung gewonnen hat, scheint das rechte Symbol unserer luftigen Währung zu sein, denn sie schwebt im vollen Sinne des Wortes in der Luft. Aus Aluminium ist auch das neue Dreimarkstück hergestellt, die erste größere Münze — in Wirklichkeit ist sie bald nur ein Pfennig —, die die Republik ausgibt. Die künstlerische Schönheit des scharfgeschnittenen Adlers und der kräftigen, münzgerechten Schrift (Antiqua!) hat von berufener Seite Anerkennung gefunden. Wie sich die Münze im Gebrauch bewährt, wird erst die Erfahrung lehren. Uns scheint sie im Verhältnis zu ihrer Kaufkraft zu groß. Das Metall ist nicht sehr hart, es kann leicht gerieben werden. Und der Klang ist natürlich nicht voll, wie bei den Münzen aus echtem Metall. Aber was tut's: es ist ein guter Anfang einer neuen Münzformung, der getreue Ausdruck einer armen Nation, die Geschmack auch im Alltag zeigen will. Der Münzdirektor teilt mit, daß noch im Laufe des Jahres 60 Millionen Stück davon geprägt werden sollen. Also kein Gedränge, es bekommt jeder einen.

Erhöhung von Belohnungen für die Aufdeckung schwerer Verbrechen. Die nach dem Runderlaß vom 3. Oktober 1919 vom Ministerium des Innern auf 5000 Mark beschränkte Summe zur Aussetzung von Belohnungen für die Aufdeckung schwerer Verbrechen erscheint bei der inzwischen eingetretenen Geldentwertung nicht mehr ausreichend, um zu einer wirksamen Ermittelungstätigkeit anzuregen. Der Minister des Innern ermächtigt deshalb in einer neuen Verfügung die Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten, und zwar im Einverständnis mit dem Finanzminister, künftig in geeigneten Fällen selbständig Belohnungen bis zum Höchstbetrag von 20 000 Mark auszusetzen.

Zur Zuckerverteilung bei der Intendantur. Uns wird berichtigend mitgeteilt, daß von der Verteilung des Zuckers an die Beamten der Intendantur nur die außerplanmäßigen Beamten ausgeschlossen waren. Die planmäßig angestellten Beamten haben alle den Zucker erhalten, ganz gleich, ob sie der evangelischen Kirchengemeinde angehörten oder nicht. An unserer Auffassung über diese Zuckerverteilung ändert dieses natürlich nichts.

Vorträge, Theater, Konzerte und sonstige Veranstaltungen.

Grünwald-Abend der „Neuen Zither- und Gitarre-Vereinigung" am Donnerstag den 14. September in der Gewerbeschule. Es ist der Vereinigung gelungen, den Zither- und Streichmelodion-Virtuosen Herrn Richard Grünwald, der sich zurzeit mit seinem elfjährigen Töchterchen Lili (Zither-Virtuosin) auf einer Konzertreise befindet, für das 4. Konzert zu gewinnen. Das Konzert wird eröffnet mit der wundervollen Sonate C-Dur für eine Zither von Joh. Pugh. Auf dem Streichmelodion wird der Künstler den Hexentanz von Paganini spielen.

Aus dem Lande und den Nachbarprovinzen.

Jever. Kartoffelanmeldung. Städtische Kartoffeln sind nur in verhältnismäßig geringem Umfange angemeldet worden. Nachmeldungen werden noch bis Freitag den 15. d. M., mittags, entgegengenommen.

Zetel. Von der Lokomotive erfaßt. Ein Landwirt aus Ruttel passierte gestern morgen 5 Uhr mit seinem Ochsengespann den Bahnübergang an der Neuenburger Straße, dessen Schranken zu den Frühzügen nicht geschlossen werden. Als die Wagen gerade auf den Schienen waren, sauste von Neuenburg eine leere Maschine heran, deren Gelände infolge des starken Nebels und des Gerassels der eigenen Wagen vom Fuhrmann nicht gehört wurde. Der letzte Wagen wurde vollständig zertrümmert, der Fuhrmann und seine Tochter wurden vom Vorderwagen unter diesen geschleudert, die Ochsen gingen durch.

Varel. Brand. Gestern früh gegen ½11 Uhr brach in der Härterei der hiesigen Hansa-Werke Feuer aus. Die Ursache lag darin, daß ein kleiner Hochbehälter für Teerölfeuerung der Glühöfen infolge Verstopfung von Leitungen überlief und das ablaufende Oel Feuer fing. Da der Behälter unmittelbar unter dem Dach lag und das Oel bis auf den Fußboden der Härterei heruntergelangt war, bildete sich sofort eine dünne Feuersäule durch die ganze Höhe der Härterei und aus dem Dachfenster heraus. Die eigene Wehr der Fabrik war mit großer Schnelligkeit zur Stelle und infolge des besonnenen und tatkräftigen Verhaltens einiger Leute in der Härterei sowie infolge des raschen Zupackens der eigenen Wehr gelang es, den Brand nach kurzer Zeit auf seinen Herd zu beschränken und zu löschen. Der entstandene Sachschaden ist nur gering. Der Betrieb selbst erlitt keine Störung.

Brake. Die Finanzlage. Unsere Stadt ist mit 5 bis 6 Millionen bei der Girozentrale Hannover und mit 1½ Millionen bei der Bremer belastet, beide fordern Abtrag und geben keinen weiteren Kredit. Auch bei den Banken kann die Stadt weitere Gelder nicht erhalten. Infolgedessen müssen sämtliche Pläne der Stadt zurückgestellt werden. Der Stadtrat nahm von dieser Sachlage Kenntnis, die bewilligten Bauzuschüsse sollen jedoch, soweit die Banken nicht selber eingestellt werden, bestehen bleiben. — Die Stadt führt dieselbe Schulgeldordnung wie in Nordenham ein.

Horsweg. Im Graben ertrunken. Im unbewachten Augenblick fiel Sonntag nachmittag das zweijährige Töchterchen des Malers J. vor der elterlichen Wohnung in den gefüllten Wassergraben und ertrank. Sofort angestellte Wiederbelebungsversuche waren leider ohne Erfolg.

Leer. Vom Kreisarbeitsnachweis. Die Arbeitsmarktverhältnisse waren in der Vorwoche recht günstig, so daß Erwerbslose nicht gezählt wurden.

Emden. Räuberischer Ueberfall. In der Nacht zum Sonntag wurden zwei Engländer von mehreren Personen am Delft überfallen. Der eine Engländer wurde so schwer verletzt, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Dem Verletzten wurden außerdem Mantel, Hut und Jackett und eine Brieftasche mit etwa 10 000 Mark geraubt. Eine der Tat verdächtige Person ist bereits festgenommen und dem Gerichtsgefängnis zur Untersuchungshaft zugeführt worden.

Papenburg. Ein guter Taucher. Ein tollkühnes Stückchen vollführte kürzlich ein junger Mann, H. Knigge. Einem Schiffer war die Uhr in die Schleusenkammer gefallen, und K. erbot sich, dieselbe wieder herauszuholen. Er sprang auch tatsächlich in das in der Schleusenkammer stark wirbelnde Wasser und brachte nach mehrmaligem Tauchen die Uhr wieder mit hoch. Zum wohlverdienten Lohn spendete der durch den Wiedererhalt seiner Uhr beglückte Schiffer dem kühnen Schwimmer 500 Mark.

Bremerhörde. Durch Starkstrom getötet. Auf der Schaltstation wurde der Elektriker Heinz Wirt aus Osnabrück durch den Hochspannungsstrom getötet. Der junge Mann wurde von dem 20 000 Volt starken Strom völlig verbrannt. Bei dem Kurzschluß war der Arbeitsraum ein Feuermeer elektrischer Entladungen.

Geestemünde. Beteiligung der Stadt an der Bauproduktivgenossenschaft. Die in Bremerhaven gebildete Bauproduktivgenossenschaft beabsichtigt, sich in eine G. m. b. H. unter der Firma „Bauhütte Wesermünde" in Bremerhaven umzuwandeln. Um diese Umwandlung herbeizuführen, hat sie bei den Unterweserstädten, den Gewerkschaften, den Konsumvereinen und anderen Stellen den Antrag auf Beteiligung mit einem Stammkapital gestellt. Beim Magistrat der Stadt Geestemünde ist infolgedessen der Antrag eingebracht worden, daß wir uns ebenfalls mit 250 000 Mark an der zu gründenden sozialen Baugesellschaft beteiligen. Die Abstimmung ergab in der Finanzkommission 2 Stimmen für die Beteiligung, 3 Stimmen dagegen, im Magistrat 3 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen. Auf Wunsch der Finanzkommission wird die Angelegenheit nochmals den Kollegien zur Beratung und Beschlußfassung unterbreitet.

Gerichtliches.

Schöffengericht Wilhelmshaven vom 8. September. Dem früheren Verwalter der Kantine des Minendepots Christian St. hier wurde bei der Abrechnung ein Fehlbetrag von 7861,54 Mark nachgewiesen. Es war Anklage wegen Unterschlagung erhoben. St. wurde freigesprochen. — Die ledige Ella M., hier in Untersuchungshaft, war des Diebstahls angeklagt. Bei ihrer Entlassung aus dem städtischen Krankenhause hatte sie ein Krankenhauskleid mitgenommen. Außerdem hatte sie sich mit den Sachen ihrer Pflegerin, der Witwe H., neu eingekleidet. Sie ist geständig. Zwei Monate Gefängnis wurden erkannt. — Dem Kaufmann Otto H. in Rüstringen wird grober Unfug, Hausfriedensbruch und Mißhandlung zur Last gelegt. H. hat die Delikte im angetrunkenen Zustande ausgeführt. Das Gericht sieht die Sache milde an und verurteilt den H. zu 300 Mark Geldstrafe bzw. für je 15 Mark 1 Tag Gefängnis. — Der Marinewerft hier hatte der Werkführer Robert J. Kupfer- und Messingteile nach und nach im Werte von ca. 3000 Mark entwendet. Das Gericht erkennt auf drei Wochen Gefängnis. Eine dreijährige Bewährungsfrist wird ihm gewährt. — Von der Anklage des Betruges wird der Fischer B. freigesprochen. B. hatte ein Netz gekauft und nicht zurückgegeben. Anscheinend handelte es sich aber um einen Kauf. — Ein Ballen Stoffe im Werte von mindestens 12 000 Mark war von dem Arbeiter Johann S. aus dem Gepäckraum des Bahnhofs gestohlen worden. S. hat davon acht Meter abgeschnitten und den Rest (52 Meter) für 7200 Mark an den Händler B. in Rüstringen verkauft. B. ist der Hehlerei angeklagt. S. ist geständig, will aber nur 5000 Mark bekommen haben. Der Angeklagte S. wird des Diebstahls und B. der Hehlerei für schuldig befunden und jeder mit drei Monaten Gefängnis bestraft. Beiden wird Bewährungsfrist gewährt. — Gelegentlich der Müllabfuhr auf der Werft hatten der Kutscher H. und der Arbeiter H. in Rüstringen etwa 50 Kilogramm Steinkohlen, vier kleine hölzerne Bohlen und ein Stück Kantholz mitgenommen. Jeder wurde mit 300 Mark, aushilfsweise für je 30 Mark 1 Tag Gefängnis, bestraft. — Der Kraftwagenführer B. hier war angeklagt, einen Feuerlöch-Apparat der See- und Speditionsgesellschaft in Köln weggenommen zu haben. Der Angeklagte behauptet, daß ihm der Apparat von einem Angestellten geschenkt worden sei. Er wurde freigesprochen. — Dem Schiffsmakler B. in Rüstringen war ein Strafbefehl über 4000 Mk. unter der Beschuldigung zugestellt, daß er den Fund eines Beibootes, welches der Emdener Schleppschiffahrts-Gesellschaft gehörte, welches er geborgen hatte, nicht der Polizei anzeigte, sondern es mehrere Wochen für sich behielt. B. hatte Einspruch eingelegt. Der Einspruch hatte Erfolg. Der Strafbefehl wurde aufgehoben.

Strafkammer in Aurich. Sitzung vom 12. September. (Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.) Der Heizer Hans A. in Wilhelmshaven war wegen verbotener Einfuhr von Tabak und Spirituosen in 3 Fällen angeklagt, wurde aber vom Schöffengericht Wilhelmshaven wegen eines Falles freigesprochen und wegen zweier Fälle zu drei Monaten Gefängnis und 2996 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte legte Berufung ein, weil dem Schöffengericht bei Bemessung der Geldstrafe ein Irrtum unterlaufen ist. Die Geldstrafe wird heute auf 5696 Mark festgesetzt.

Vermischtes.

750 Millionen Dollar Wurmschaden. Das amerikanische Ackerbauministerium veröffentlicht eine Schätzung, nach der der durch den Baumwollwurm verursachte Schaden bei der Baumwollernte von 1921 auf 750 Millionen Dollar angegeben wird. Es ist dies die gewaltigste Schädigung, die bisher durch dieses gefräßige Insekt hervorgerufen wurde. Der Baumwollwurm ist ein kleiner, graugrüner von etwa ½ Zoll Länge; er wanderte von Mexiko aus in den Vereinigten Staaten ein und machte sich zum ersten Male im Jahre 1893 in den Baumwollfeldern von Texas bemerkbar. Dann ist er Jahr um Jahr weiter nordwärts gewandert und hat den amerikanischen Baumwollpflanzern bereits ungeheure Verluste zugefügt.

Rüstringer Parteiangelegenheiten.

Distrikte 11, 12, 13. Am Mittwoch den 13. September, abends 8 Uhr, bei Hilgenstühler: Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über die Hilfsschule. (Ref.: Herr Wintermann.) 2. Kommunales. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet der Distriktsführer.

Jungsozialisten-Gruppe. Donnerstag abend: Zusammenkunft im Sekretariat. (Faust.)

Arbeiter-Jugend. Heute abend Gruppe Bant: Liederabend im Heim Mellumstraße; Gruppe Siebethsburg mit H.-Gr.: Leseabend (jeder möge Ernstes oder Heiteres zum Vorlesen mitbringen) im Heim Siebethsburg; Gruppe Neuengroden: Unterhaltungsabend im Lokal „Nordseestation". Auf allen Zusammenkünften können Eintrittskarten für die Jugendfeier in Neuengroden in Empfang genommen werden. Preis 2,50 Mark und 5 Mark. Die Jugendgenossen, die mit, nach Neuengroden ziehen, treffen sich heute abend ½8 Uhr Ecke Bismarck- und Siebethsburger Straße. — Vertreibt kräftig Karten für die Feier in Neuengroden!

Hochwasser.

Mittwoch den 13. September: 4.55 vorm., 5.10 nachm.

Wettervorhersage.

Morgen vielfach frische, leichte südöstliche Winde, Regenfälle, wolkig, geringe Wärmeänderung.

Verantwortlich für Politik, Feuilleton und den allgemeinen Teil: Josef Kliche, Rüstringen, für Provinzielles Karl Schah, Wilhelmsh., Verlag Paul Hug, Druck Paul Hug u. Co., Rüstringen.

Ludwig Feuerbach

Zu seinem 50. Todestag.

Am 13. September rundet sich ein halbes Jahrhundert, seit Ludwig Feuerbach, gänzlich abseits der offiziellen wissenschaftlichen Welt, auf dem Rechenberge bei Nürnberg sein Leben beschloß. Nicht ohne Bitternisse und Enttäuschungen schied der Mann, der als der bedeutendste Kopf der junghegelianischen Schule galt und mit besten philosophischen Theorien sich insbesondere die Altmeister des Sozialismus in sehr ausgiebiger Weise beschäftigten. An denen sie sich berauschten, von denen sie zehrten und auf denen sie weiterbauten in ihrem Sinne.

Heute scheinen uns die theologischen und philosophischen Fehden und Kämpfe um die Vormärzjahre des vorigen Jahrhunderts schon reichlich abgelegen. Die Bibel- und Evangeliumkritik der David Friedrich Strauß und Bruno Bauer will uns keineswegs mehr im Innersten packen, doch einstmals war das alles lichte Lohe, war es Kampf und Leben. Schien es ein Fechten um höchste Güter, um Zeit- und Ewigkeitswerte.

Das Ackern auf politischem Gebiete war in den dreißiger Jahren und auch zu Beginn des nächsten Jahrzehnts in Deutschland eine sehr unfruchtbare Sache. Der Fortschritt lebte sich daher entweder in der oppositionellen Poesie oder in der Philosophie aus. Nun hatte zwar Friedrich Hegel im Verhältnis zu den vorausgegangenen Systemen ein merkliches Stück weitergebaut, seine Philosophie umfaßte weite Bezirke des geistigen Lebens, indes merkte man sogar in den Kreisen seiner Anhänger hier und dort den immer noch verbliebenen Zopf. Den Zopf, der es ermöglichte, daß seine Lehre sogar mit den durchaus nicht fortschrittlichen Ansichten des offiziellen Preußentums zu einem Teil in Einklang gebracht werden konnte. Nach des Meisters Tode schieden sich die Geister. Die radikaleren Junghegelianer gingen zur offenen Parteinahme gegen die staatlich begünstigte, orthodoxe Frömmelei über. Die Frage Glauben oder Wissen stand zur Debatte. Indes so heftig sich der abgesteckte Kampfboden auch war, so interessant die Fechterhiebe der Strauß, Bauer und anderer sich auch anließen — schließlich gab es einen allgemeinen Wirrwarr, eine starke Unsicherheit und Unklarheit. Es fehlte bei aller Kritik an einem klaren Fundament.

Hier setzte nun die historische Mission Ludwig Feuerbachs ein. Dieser, 1804 zu Landshut in Bayern geboren, stammte aus einer Gelehrtenfamilie (außer ihm und seinem Vater haben sich noch vier seiner Brüder auf verschiedenen Gebieten stolze Namen gemacht), hatte bereits 1830, ein Jahr vor Hegels Tode, „Gedanken über Tod und Unsterblichkeit" veröffentlicht und dabei erlebt, daß die in dieser Schrift zutage tretende Verspottung der Jenseitsreligion den Zensor auf die Beine brachte, zur Konfiskation des Buches führte, und ihn darüber hinaus seines Lehrstuhles in Erlangen beraubte. So unangenehm die Begleiterscheinungen und Folgen der offiziellen Aechtung Feuerbach waren, so ließ dieser durch sie sich doch keineswegs beirren. Nachdem er sich einige Jahre später in einer weiteren Schrift von seinem Lehrer Hegel gänzlich losgesagt, schob er mittenhinein in den theologischen Streit der Tage 1841 sein grundlegendes „Wesen des Christentums", dem 1845 „Das Wesen der Religion" folgte. In gemeinverständlichem, flottem, unterhaltendem Stil basierte er seine Wissenschaft auf die Natur, bezeichnete die überirdischen „höheren Wesen" als phantastische Rückspiegelungen menschlicher Einbildungs- und Denkweise und führte temperamentvoll hell und laut den Kampf der Vernunft, des Wissens gegen den blessen Glauben, gegen die theologischen Haarspaltereien weniger entschiedener Zeitgenossen und Dunkelmänner.

Feuerbachs Art und Arbeit machten auf die radikalere akademische Jugend einen starken Eindruck. „Die Begeisterung war allgemein, wir waren alle momenian Feuerbachianer" schrieb Friedrich Engels noch einige Jahre vor seinem Tode in seiner berühmten Schrift „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie". Entschieden bekannte Engels, daß Feuerbach von allen nachhegelschen Philosophen den stärksten Eindruck auf ihn und Marx gemacht habe und daß er sich verpflichtet fühle, durch seine eben genannte Schrift eine alte Ehrenschuld gegenüber dem vierzehn Jahre zuvor gestorbenen Meister abzutragen. Karl Marx aber hatte bereits 1845 jene berühmten (in der erwähnten Engelschen Schrift enthaltenen) elf Thesen niedergeschrieben, die sich allesamt mit Feuerbachs Gedankenbau beschäftigten, in denen man später den „Schlüssel zum Marxismus" sah und deren letzte lautete: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu ändern!" Und darauf kam es an.

Feuerbach hat diese Marxsche Erkenntnis nie besessen, diese Konsequenz nie gezogen. Seit seiner Absalterung durch die amtlichen Elemente war ihm jede Lehrtätigkeit an einer deutschen Hochschule verschlossen. Unproduktiv stand ein Großer abseits. Abseits auch allen neueren Forschungs- und also Erkenntnismöglichkeiten. Sein Umgang wurden Bauern, Arbeiter und Jäger. Möglich, daß hierdurch das Verfahren auf sozialpolitischem Gebiete bei dem sonst geistig immer noch tätigen Manne mit herbeigeführt wurde. Und daß also ein Ableiten der religiösen und moraltheoretischen Dinge von den jeweiligen wirtschaftlichen und sozialen Zuständen für ihn nicht in Frage kam. Auch vermochte Feuerbach der untersten Volksklasse keine irgendwelche Tröstung oder Hoffnung zu geben. In seiner interessanten und vielvermerkten Besprechung eines Buches des Physiologen Jakob Moleschott prägte er den berühmt gewordenen Satz: „Der Mensch ist, was er ißt". Und ergänzend dazu: „Die Lehre von den Nahrungsmitteln ist von großer ethischer und politischer Bedeutung. Die Speisen werden zu Blut, das Blut zu Herz und Hirn, zu Gedanken und Gesinnungsstoff. Menschliche Kost ist die Grundlage menschlicher Bildung und Gesittung. Wollt ihr das Volk bessern, so gebt ihm statt Deklamationen gegen die Sünde bessere Speisen. In einem Palast denkt man anders als in einer Hütte. Wo man vor Hunger, vor Elend keinen Stoff im Leibe hat, da hat man auch im Kopf und Herzen keinen Stoff zur Moral."

So vieles Berechtigte auch an diesen Sätzen sein mag, Resultate erzielte er damit nicht. Feuerbachs Blick drang noch nicht bis ins innerste Räderwerk der bürgerlichen Gesellschaft. Er kannte erst das kleinere Handelskapital, ahnte noch nicht einmal die kommenden Dinge. Und obwohl die philosophische Revolution die politische hatte vorbereiten helfen, wußte unser Denker mit der 48er-Bewegung wenig anzufangen.

Hier setzte nun Karl Marx' Erkenntnistheorie ein. Die gesellschafts-wissenschaftlichen und ökonomischen Gedanken wurden verarbeitet, die Verbindung mit dem Leben wurde hergestellt, das Walten der historisch-materialistischen Gesetze wurde erkannt, ein Grundpfeiler des kommenden sozialdemokratischen Gedankentums war geschichtet. — Nicht die Feuerbachsche Stellung des Menschen als lediglich ein Teil der Natur, sondern den Menschen, gemodelt und bestimmt durch die immer in Entwicklung begriffene Gesellschaft ließen sie gelten. Das ist das Positive, für den proletarischen Befreiungskampf Wertvolle, was aus der junghegelianischen Bewegung erstand.

Kl.

Unser Unterhaltungsteil. Nach der kurzen, ersten Erzählung von Grillparzer bringen wir jetzt eine solche lustigen Charakters von dem bekannten schlesischen Dichter Eichendorff. Joseph v. Eichendorff, geb. 10. März 1788 auf dem Schlosse Ludwigsdorf bei Ratibor, gest. 26. November 1857 zu Neisse, studierte, machte 1813—1815 die Befreiungskriege mit, trat in den Staatsdienst, wurde Regierungsrat, Oberpräsidialrat in Königsberg, Rat im Kultusministerium zu Berlin; neben lyrischen Gedichten Verfasser der Romane „Ahnung und Gegenwart", „Dichter und ihre Gesellen", „Der Taugenichts" u. a. Nach Abschluß dieser kurzen Erzählung beginnen wir wieder mit einer Reihe großer Romane, von denen wir glauben, daß sie allen unseren Lesern sehr willkommen sein werden.

Landesbibliothek Oldenburg